



Mitteilungen aus dem Landvolk Niedersachsen - Kreisverband Mittelweser e. V.



:: Spannende Vorträge

Bei der Agrarmanagementtagung von Sparkasse Nienburg und Landvolk Mittelweser kam u. a. die auf Social Media erfolgreiche Agrar-Influencerin Marie Hoffmann zu Wort. **Seite 2**



:: Beregnung

Digitale Wasserzähler werden bei der Feldberegnung zukünftig eine wichtige Rolle spielen. Im Landkreis Diepholz sollen diese künftig kostenlos zur Verfügung gestellt werden. **Seite 4**



:: Bundestagswahl

Die Landvolk-Zeitung hat den Kandidatinnen und Kandidaten für die Bundestagswahlkreise Diepholz - Nienburg I sowie Nienburg II - Schaumburg drei Fragen gestellt. **Seite 6**

Aktuelles

Christoph Klomburg übernimmt Vorsitz in Fachausschüssen

Berlin (dbv). Im Rahmen der Januar-Gremiensitzungen wurde Landvolk-Vorsitzender Christoph Klomburg einstimmig zum Vorsitzenden des **QS-Fachbeirats Geflügel** sowie des **Fachausschusses Geflügel der Initiative Tierwohl (ITW)** gewählt. Bereits im August 2024 hat Klomburg das Amt des Vorsitzenden im **DBV-Fachausschuss Eier & Geflügel** von seinem Vorgänger Ulrich Lohr übernommen.

Im QS-System definieren Fachbeiräte die Anforderungen, die Systemteilnehmer einhalten müssen. Außerdem legen die Fachbeiräte für die nachfolgenden Bereiche die Prüfkriterien für die unabhängigen Kontrollen durch die Auditoren fest. Die Mitglieder der Fachbeiräte repräsentieren die beteiligten Wirtschaftskreise. Die ITW-Fachausschüsse formulieren Anforderungen und Verfahren für die Initiative Tierwohl. Sie setzen sich zusammen aus Vertretern der gesamten Wertschöpfungskette, also vom Handel bis zur Landwirtschaft. Mit ihrer Expertise bringen die Mitglieder strategische und operative Maßnahmen auf den Weg.

Auf Bundesebene ist Christoph Klomburg der einzige Vertreter aus dem Verbandsgebiet. Einige Mitglieder vertreten die Mittelweser-Region jedoch in Ausschüssen auf Landesebene beim Landvolk Niedersachsen: **Nils Borggreffe - Finanzen; Helmut Beuke - Ökolandbau; Christian Lohmeyer - Pflanzliche Erzeugnisse, Hendrik Frerking - Regenerative Energien, Rindfleischerzeugung; Anneke Kreißig (Junglandwirte) - Schwein/Veredlung; Larena Thieße - Sozialpolitik; Tobias Wesemann - Strukturpolitik; Christoph Klomburg - Tierseuchen.**



Andreas Iloff, Michael Barth, Kareen Heineking, Moderator Wilken Hartje, Axel Knoerig, Peggy Schierenbeck, Heike Hannker und Thomas Heidemann (von links nach rechts) besprachen vor rund 100 Gästen agrarpolitische Standpunkte der Parteien. **Foto: Backhaus**

Ernährungssicherheit als wichtigste Aufgabe

Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl im Wahlkreis 33

Sulingen (ine). Alle sieben Bundesstadtskandidaten waren da: „Das ist eine bunte Vielfalt“, sagte Kreislandwirt und Moderator Wilken Hartje zum Einstieg in die Podiumsdiskussion im Restaurant Dahlskamp in Sulingen. Die Landvolk-Kreisverbände Mittelweser und Diepholz hatten gemeinsam dazu eingeladen - und mehr als 100 Gäste hörten sich an, was die Kandidaten für die Landwirtschaft tun würden, wenn sie denn in den Bundestag einziehen könnten.

Die Ausgangslage ist für alle unterschiedlich, was ihr persönliches Know-how in Sachen Landwirtschaft angeht. Thomas Heidemann, Steuerberater und Kandidat von Bündnis 90/Die Grünen, hat zwar selbst nicht viel mit Landwirtschaft zu tun, sein Schwager und sein Neffe aber sind Landwirte. Peggy Schierenbeck (SPD) sitzt aktuell im Ausschuss für Landwirtschaft und zeigte sich dankbar dafür, dass sie schon so viel lernen durfte. „Ich bin selbst Unternehmerin, mich kann immer beim Wort nehmen.“ Auch Axel Knoerig (CDU) wollte mit seiner langjährigen Erfahrung im Bundestag punkten, während Kareen Heineking (Freie Wähler) konstatierte: „Ich bin hier die einzige aktive Landwirtin, die zur Wahl steht.“ Oberschullehrer Michael Barth (Die Linke) erklärte: „Mein Herz hängt an kommunalen Themen.“ Auch Andreas Iloff (AfD) gab sich als Hufschmied landwirtschaftsnah und sagte: „Ich stelle mit Genugtuung fest, dass ich hier meinen eigenen Tisch habe.“ Denn die anderen sechs Kandidaten teilten sich jeweils einen Stehtisch.

Kareen Heineking gab sich kämpferisch: „ASP, Herpes und die Faschismusgefahr in Deutschland - das muss man bekämpfen.“ Heike Hannker (FDP) unterstrich: „Wir sehen die unternehmerische Leistung der Landwirte. Ihr fühlt euch aber oft wie Bürokräten“, sagte die Liberale, die gleiche Chancen

für Unternehmen in Europa forderte. Von 400 Entbürokratisierungen habe man bereits 200 umgesetzt, sagte Peggy Schierenbeck. „Ich kann aber Ihren Frust teilen, weil vieles zu lange dauert“, sagte die Sozialdemokratin. Axel Knoerig sprach in seinen Ausführungen von der „Merz-CDU“, die die Bürokratie ebenfalls reduzieren wolle.

Moderator Wilken Hartje wollte dann in drei Worten von allen Kandidaten wissen, was die wichtigsten Aufgaben der Landwirtschaft seien. „Die Ernährungssicherheit soll als Staatsziel ins Grundgesetz. Außerdem seid Ihr Klima- und Naturschützer“, sagte Axel Knoerig. Die Ernährungssicherheit führten fast alle Kandidaten ins Feld. Michael Barth nannte noch Technologieoffenheit als Aufgabe, Heike Hannker eine weitere: „Ihr seid Energieerzeuger und versorgt uns mit grüner Energie.“ Wie aber bleiben wir in Europa und der Welt wettbewerbsfähig? Auf diese Frage von Wilken Hartje positionierte sich Michael Barth ganz klar: „Wir brauchen eine Vereinheitlichung auf europäischem Level und sind gegen eine Freihandelspolitik.“ Dass die „Kosten runter müssen und wir uns in einer Phase der Deindustrialisierung befinden“, trug Andreas Iloff zu der Diskussion bei. Für unternehmerische Freiräume trat Heike Hannker ein. Axel Knoerig forderte einen Industriestrompreis und machte einmal mehr deutlich: „Wir können die Löhne nicht hochschrauben, wenn die Industrie stagniert.“ Außerdem seien Löhne Sache der Tarifvertragsparteien. Auch die Dieselrückvergütung werde man auf das ursprüngliche Maß zurückführen. „Ich finde es super, was sie gesagt haben. Ich glaube es aber nicht mehr“, sagte Kareen Heineking.

Zu den Themen Wolf, Mercosur-Abkommen und Pflanzenschutz fragte Moderator Wilken Hartje dann die Meinung der Kandidaten ab. Dass es beim Wolf ein Bestandsmanagement braucht - da wa-

ren sich alle einig. Heike Hannker und Andreas Iloff sehen das Tier im Jagdrecht, Michael Barth sprach sich für „eine deutliche Reduzierung der Population“ aus. Deutlich differenzierter waren die Meinungen beim Thema Mercosur: „Das muss kommen, wir müssen die Position Europas stärken“, erklärte Axel Knoerig. Auch Peggy Schierenbeck sprach sich dafür aus: „Wir müssen wirtschaftsfähig bleiben.“ Auch Heike Hannker zeigte sich als Fürsprecherin des Abkommens. „Wir brauchen das Freihandelsabkommen und müssen uns unabhängig von China, Russland und den USA machen.“ Derweil sah Thomas Heidemann das Abkommen kritisch: „Es besteht die Gefahr, dass die Abholzung in Südamerika weiter vorangetrieben wird.“ Als „unzumutbar und einen Riesenrückschritt“ beurteile Kareen Heineking das Abkommen. „Wir werden diesen Vertrag beenden, damit kein argentinisches Rindfleisch auf den Markt kommt“, trug Andreas Iloff zu der Diskussion bei.

Auch das Publikum beteiligte sich mit eigenen Fragen. Nienburgs Kreislandwirt Tobias Göckeritz wollte wissen, mit wem die Parteien koalieren wollen, wenn sie denn an die Regierung kämen. Einen gemeinsamen Nenner mit der CDU konnte sich Thomas Heidemann vorstellen. „Unsere Traumkoalition ist Schwarz-Gelb“, sagte Heike Hannker. Peggy Schierenbeck äußerte sich nicht explizit. Kareen Heineking möchte den Wählerwillen umsetzen: „Wer eine landwirtschaftliche Politik will, muss auch Landwirte wählen.“ Eine Koalition könnte sie sich eher mit der CDU und der FDP vorstellen als mit dem BSW. „Die Grünen und die SPD sind ausgeschlossen. Vielleicht eine CDU, die sich entwickelt“, gab Andreas Iloff seine Meinung preis. Und forderte damit Axel Knoerig heraus, der mit deutlichen Worten reagierte: „Ich werde nicht mit der AfD koalieren. Ich habe keinen Bock, mit Iloff Politik zu machen.“ **Fortsetzung auf Seite 2**

Kommentar



Liebe Mitglieder,

die Landwirtschaft in Deutschland steht vor großen Herausforderungen - nicht nur politisch, sondern auch aufgrund von Tierseuchen und neuen Krankheitserregern, die z. B. von der Schilf-Glasflügelzikade übertragen werden. In den letzten Jahren haben wir vermehrt beobachtet, wie falsche Gutachten und gezielte Stimmungsmache durch verschiedene Organisationen das Bild der Landwirtschaft in der Öffentlichkeit verzerren.

Das jüngste Beispiel kann man „Wocheblatt für Landwirtschaft und Landleben“ nachlesen. Die Kurzform: Nichtregierungsorganisationen bekommen Geld aus dem EU-Haushalt, um Stimmung gegen die Landwirte zu machen. Diese Taktiken führen nicht nur zu einem negativen Image der Landwirte, sondern gefährden auch die Existenz vieler Betriebe.

Es ist wichtig, dass die Politik sich auf fundierte, wissenschaftlich basierte Informationen stützt, und sich nicht durch Ideologie und Versäumnisse, wie z. B. beim Erlass der Düngeverordnung, treiben lässt. Deren Rechtmäßigkeit ist glücklicherweise vom Oberverwaltungsgericht Lüneburg gekippt worden.

Die Landwirtschaft spielt eine entscheidende Rolle für die Ernährungssicherheit, den Erhalt der Kulturlandschaft und den Klimaschutz. Anstatt die Landwirte als Sündenböcke darzustellen, sollten wir gemeinsam nach Lösungen suchen, die sowohl wissenschaftliche, ökologische als auch ökonomische Aspekte berücksichtigen.

Wir müssen uns bewusst sein, dass es wichtig ist, unser Grundrecht auf eine freie Wahl auszuüben. Wir sind oft von den Parteien enttäuscht worden, aber nicht zur Wahl zu gehen, ist auch keine Lösung. Die eine oder andere Partei hat hoffentlich aus ihren Fehlern gelernt und im Idealfall erkannt, wie wichtig eine nachhaltige und zukunftsfähige Landwirtschaft ist und wie wichtig es ist, die Belange der Landwirte ernst zu nehmen. Nur durch einen konstruktiven, auf Wissenschaft beruhenden Dialog und eine ehrliche Auseinandersetzung mit den Herausforderungen können wir die Landwirtschaft in Deutschland stärken und gleichzeitig die gesellschaftlichen Erwartungen erfüllen.

Jürgen Meyer
Vorsitzender



Verlag LV Medien GmbH
Hauptstr. 36-38, 28857 Syke

Redaktion und Anzeigen:

Tel.: 04242 595-55
Fax: 04242 595-80
Mail: presse@landvolk-mittelweser.de

MKS: Verhaltener Optimismus

Handelsrestriktionen sorgen für volatile Märkte und Preise

Mittelweser (ufa). Unerwartet und wie aus dem Nichts heraus platzte die Bombe zu Jahresbeginn: Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Brandenburg. Weit weg, mag der Unbedarfte meinen, doch neben allgemeiner Verunsicherung spüren auch die Landwirte im Verbandsgebiet Mittelweser direkte Auswirkungen.

Was war geschehen? Im brandenburgischen Hönow – unmittelbar vor den Toren Berlins – waren drei Wasserbüffel in Folge der Maul- und Klauenseuche (MKS) verendet. Auch bei den elf übrigen Tieren in der Herde wiesen Veterinäre die Infektion nach. Sie wurden – ebenso weitere, nicht infizierte Klauentiere in naheliegenden Beständen – getötet, die Behörden richteten Sperr- und Überwachungszonen ein. Transportverbote, die Schließung von Tierparks sowie die Absage von Zuchtausstellungen, Messen und Auktionen waren temporäre Begleiterscheinungen.

Ein zweiter, kurz darauf publik gewordener Verdachtsfall bei einer Ziege sorgte für erhöhten Pulsschlag in der Branche, erwies sich aber als unbegründet. Wie das Virus übertragen wurde, konnten die Experten des Friedrich-Loeffler-Instituts bislang nicht ermitteln, forschen aktuell mit Hochdruck an den Ursachen. Zwischenzeitlich ist der Serotyp des Virus identifiziert und die Impfbank gegen die Maul- und Klauenseuche aktiviert, womit die Voraussetzung für die Herstellung des geeigneten Impfstoffs innerhalb einer Woche geschaffen ist. Eine Entscheidung, ob es tatsächlich Impfungen geben wird, ist bislang nicht getroffen worden. Diese ist komplex und hängt von zahlreichen Kriterien ab. Auch das EU-Tiergesundheitsrecht legt an dieser Stelle die Messlatte sehr hoch. Zudem ergäben MKS-Impfungen negative Folgen für den Handel, weil sich das Verfahren zur Wiedererlangung des Status „MKS-frei“ durch die WOA (Weltorganisation für Tiergesundheit) dadurch zeitlich nach hinten verschieben würde.

Auch wenn dieser erste MKS-Fall in Deutschland seit 1988 momentan nahezu vollständig aus der Medienberichterstattung und damit aus weiten Teilen der öffentlichen Wahrnehmung verschwunden ist, bleibt die Gefahr einer Ausbreitung existent. Von ihren negativen wirtschaftlichen Folgen ist die deutsche Agrarbranche in nahezu ihrer ganzen Bandbreite betroffen. „Das A und O für die hiesigen Bauern ist aktuell der präventive Seuchenschutz – es gilt, die Biosicherheit des eigenen Viehbestands sicherzustellen“, so der dringende Appell von Olaf Miermeister, Geschäftsführer beim Landvolk Mittelweser. „Ein Ausbruch ist nicht nur für den betroffenen Bauern eine Katastrophe, sondern auch für deren benachbarten Betriebe in einer dann automatisch eingerichteten Sperrzone. Darüber hinaus kann ein solches Szenario in Niedersachsen mit seinen großen Viehbeständen schnell einen weiträumigen Schneeballeffekt auslösen. Ein vergleichbares Szenario ereignete sich 2001 in Großbritannien, wo ein wirtschaftlicher Schaden von 12,6 Milliarden Euro entstand. An die zehn Millionen Tiere mussten seinerzeit getötet werden. Als Ursache der Seuche stellte man damals die Verfüterung von Resten menschlicher Mahlzeiten fest.“

Allergrößte Vorsicht ist für Viehhalter das Gebot der Stunde. Die Biosicherheit ist dabei der wirksamste Faktor zur Vermeidung einer weiteren MKS-Ausbreitung. Tierhaltern wird empfohlen, unnötige Besuche von betriebsfremden Personen im Stall zu unterbinden. Besteht trotzdem eine Notwendigkeit, beispielsweise bei Tierärzten oder Stalltechnikern, dann sind das Tragen von Einweg-Schutzkleidung und das Dekontaminieren des Schuhwerks ratsam. Keinesfalls dürfen Essensreste und Überbleibsel aus der Küche an Klauentiere verfüttert werden. Das Friedrich-Loeffler-Institut empfiehlt zur

Vermeidung eines Seucheneintrags außerdem, auf die Teilnahme von Jagden in Brandenburg zu verzichten, denn auch bei Wildtieren können Infektionen nicht ausgeschlossen werden. Abgeraten wird weiterhin davon, Fleischwaren aus dem Urlaub mitzubringen.

„Für die Landwirte in unserem Verbandsgebiet hat der Verlust des MKS-freien Status bereits jetzt teils erhebliche wirtschaftliche Folgen, die sich noch verschärfen können“, so Olaf Miermeister. „Innerhalb der EU unterliegt der Handel mit tierischen Produkten dem sogenannten Regionalisierungsprinzip. Das bedeutet, dass nur die Produkte vom Handel ausgenommen sind, die aus der betroffenen Region – in diesem Fall Brandenburg – stammen. Der Export von tierischen Produkten in diverse Länder außerhalb der EU ist nur eingeschränkt, oftmals gar nicht, möglich, was erheblichen Druck auf die Märkte und auf die Preisbildung ausübt. Südkorea und Großbritannien haben bereits Importstopps ausgesprochen. Der Verband der Fleischwirtschaft hat Einbußen im dreistelligen Millionenbereich prognostiziert.“

Praktisch über Nacht wurde der Fleisch- und Warenfluss in ganz Europa und teils global auf den Kopf gestellt. Den ersten Keulenschlag mussten die Schweinehalter hinnehmen. Bereits zu Jahresbeginn fiel der Indexpreis wegen der feiertagsbedingten Überhänge um zehn Cent, nur um anschließend mit Bekanntwerden des MKS-Ausbruchs nochmals um zehn Cent auf Talfahrt zu gehen. Seit dem stagniert der Preis bei 1,72 Euro je Indexpunkt und liegt deutlich unterhalb der kostendeckenden Schwelle. Zu viele Schweine mit zu viel Gewicht, kommentiert die VEZG die derzeitige Situation und bewertet die Lage bei anhaltendem Angebotsdruck als weiterhin ernst.

Olaf Miermeister: „Allerdings, auch das gehört zur Wahrheit, gehen mehr als 75 Prozent des aus Deutschland exportierten Schweinefleischs in Länder der EU, wo eben das Regionalisierungsprinzip gilt. Das hegt den Verdacht, dass der Handel die MKS-Seuche nutzt, um die Preise zu drücken. Zumal diese durch die erhöhten Gewichte der Tiere ohnehin schon von den Schlachthöfen mit Abschlägen in den Keller geschickt werden. Ein weiterer unschöner Randaspekt: Das EU-Mitglied Ungarn hat einseitig und widerrechtlich Handelsrestriktionen gegenüber Deutschland erlassen, ohne das Regionalisierungsprinzip innerhalb der Staatengemeinschaft zu berücksichtigen.“

Erfreulich robust ist die Preissituation bei lebenden Rindern und Schlachttieren, wo momentan keine nennenswerten Einbrüche zu verzeichnen sind. Große Unsicherheit, allerdings keine Panik, herrscht derzeit bei den Milchverarbeitenden Unternehmen, wie Dr. Frank Feuerriegel, Geschäftsführer der frischli Milchwerke in Rehburg-Loccum, es darstellt: „MKS hat bei den internationalen Handelswegen eine erhebliche Unwucht mit sich gebracht. Wir müssen unsere Produktion derzeit extrem variabel an die veränderte Nachfragesituation anpassen, machen täglich Markt- und Risikoanalysen für eine optimale Positionierung. Große Unsicherheit herrscht beim Export zertifizierter Produkte in Länder außerhalb der EU, wo es vielfältige Vereinbarungen auf den Ebenen von Staaten, Verbänden und Unternehmen zu verifizieren gibt. Waren ohne Zertifikat, beispielsweise Magermilchpulver, können wir nicht in unerschöpflichen Mengen herstellen und einlagern, zumal die Erträge hier deutlich geringer ausfallen. Auch auf den Spotmärkten sind derzeit nur geringe Erlöse zu erzielen. Hingegen verzeichnen wir relativ stabile Börsenmilchwerte und auch die LEH-Absätze laufen gut. Unsere Branche ist derzeit gut beraten, sich bei permanenter Marktbeobachtung täglich neu aufzustellen und die Herstellung flexibel auszurichten.“

Auch bei den Landkreisen Diepholz

und Nienburg schrillten sofort nach Bekanntwerden der Infektion in Brandenburg sämtliche Alarmglocken. Man befindet sich seitdem im Austausch mit Tierhaltern, dem Niedersächsischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und dem Niedersächsischen Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, praktizierenden Tierärzten, Jägerschaften sowie relevanten Berufs- und Interessensgruppen. Ein Verbot von Veranstaltungen mit Klauentieren ist zwischenzeitlich wieder aufgehoben worden. Behördlicherseits ist man auf alle möglichen Szenarien vorbereitet und kann sofort reagieren, was im ersten Schritt praktisch bedeutet: Wird MKS bei einem Tier festgestellt, werden die Tiere des betroffenen Betriebes getötet und unschädlich beseitigt. Es werden eine Schutzzone von drei Kilometern und eine Überwachungszonen von zehn Kilometern um den betroffenen Betrieb eingerichtet.

„Wir haben die bestandsbetreuenden Tierärzte beauftragt, alle seit dem 1. Dezember 2024 gelisteten Zugänge von Rindern und Schweinen aus der in Brandenburg betroffenen Region zu untersuchen und zu beproben – mit durchweg negativen Ergebnissen“, berichtet Mareike Rein, Pressereferentin beim Landkreis Diepholz. „In einer zweiten Welle wurden im Landkreis Diepholz weitere Tiere aus Brandenburg, jedoch nicht aus den Sperr- und Überwachungszonen, untersucht, wobei auch hier die Ergebnisse der Beprobungen ausnahmslos negativ waren.“

Die Landkreise Diepholz und Nienburg verweisen nachdrücklich auf die unverzichtbare Bedeutung hoher Biosicherheitsstandards. Außerdem auf die Tatsache, dass es sich bei der MKS um eine anzeigepflichtige Tierseuche handelt. Allein der Verdacht muss sofort dem zuständigen Veterinäramt mitgeteilt werden.

Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir hat betroffenen Landwirten Unterstützung für die durch MKS entstandenen finanziellen Schäden in Aussicht gestellt. Er werde mit der EU-Kommission über mögliche Hilfen aus dem EU-Krisenfonds sprechen, hieß es am 27. Januar 2025 aus seinem Ministerium. Auch stehe man mit dem Bundesfinanzministerium im Austausch, ob auch nationale Hilfen bereitgestellt werden können.

Schneller als die Bundesregierung reagierte die Landwirtschaftliche Rentenbank. Diese hat bereits Mitte Januar ihr Programm „Liquiditätssicherung“ für MKS-Schäden eröffnet. Es ermöglicht Landwirten die Aufnahme von Darlehen mit vier-, sechs- oder zehnjähriger Laufzeit zu „LR-TOP“-Konditionen für notwendige betriebliche Ausgaben. Anträge an die Förderbank können Agrarbetriebe stellen, die einen auf die MKS zurückzuführenden Umsatz- oder Ergebnisrückgang von mindestens 30 Prozent nachweisen können.

Und, wie geht's jetzt weiter? „Deutschland hat durch den Seuchenausbruch den Status ‚MKS-frei‘ bei der WOA eingebüßt“, schätzt Olaf Miermeister vorsichtig die Lage ein und empfiehlt, Ruhe zu bewahren. „Diesen immens wichtigen Status erlangen wir in Deutschland erst nach Beendigung des Ausbruchs und der Einhaltung vorgeschriebener Fristen frühestens nach drei Monaten zurück. Das wird förmlich beantragt und zieht weitere Untersuchungen sowie umfangreiche Überwachungen in der betroffenen Region nach sich, bedarf außerdem entsprechender Bearbeitungszeiten auch im administrativen Raum. Wichtig ist, dass wir in Deutschland keine weiteren MKS-Ausbrüche mehr haben werden. Ist dies der Fall, so schätze ich, dass die Agrarbranche bis zum Frühsommer wieder zurück im Normalzustand sein sollte. Bereits jetzt ist eine spürbare Entspannung wahrzunehmen, verhaltener Optimismus ist meine ganz persönliche Sicht auf die Situation.“

Fortsetzung von Seite 1

Ernährungssicherheit als wichtigste Aufgabe

Landwirt Jürgen Langhorst warf eine weitere Frage in den Raum: „Hier hat keiner gesagt, wo die Ernährungssicherheit herkommt. Wie stellt Ihr Euch das für Deutschland vor?“ Von einem „Entfesselungsprogramm“ sprach Axel Knoerig: „Was bewilligt ist, soll zustande kommen.“ Ein Auflagenmoratorium forderte Heike Hannker: „Wir trauen euch zu, vernünftig zu wirtschaften.“ Für Mindesterzeugerpreise und ein starkes Kartellrecht, eine Stärkung der EU-Strukturen und regionale Vermarktungsstrukturen trat Michael Barth ein.

Die Landwirte nicht alleine zu lassen und besonders eine umweltfreundliche und zukunftssichere Landwirtschaft zu fordern: Das seien laut Thomas Heidemann die Ziele der Grünen. Am Ende der gut zweistündigen Diskussion waren alle Anwesenden etwas schlauer und sollten daher am 23. Februar ins Handeln kommen: „Wir Landwirte müssen alle zur Wahl gehen. Das ist nicht nur unser Recht, sondern unsere Pflicht“, waren sich Wilken Hartje und Theo Runge als Vorsitzender des Landvolk Diepholz einig.

„Ibu statt Diclofenac“

Informative Agrarmanagentagung in Linsburg

Linsburg (tb). „Die Herausforderungen haben sich gewandelt, nicht aber die Bedeutung der Landwirtschaft.“ Mit diesen Worten begrüßte Wolfgang Wilke, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Nienburg, bei der Agrarmanagentagung im Landhaus Meinkingsburg, zu der Sparkasse und Landvolk Mittelweser jetzt gemeinsam einluden. „Geldinstitute“, sagte Landvolk-Vorsitzender Jürgen Meyer in seinem Grußwort, „sind unerlässlich für uns, um Technik und Fortschritt in unserer Branche zu finanzieren.“



Prof. Dr. Tobias Licha.

Die Vortragsreihe eröffnete Prof. Dr. Tobias Licha, Professor für Hydro- und Umweltgeologie an der Ruhr-Universität Bochum. „Ungerechtigkeit finde ich nicht gut“, sagte er und spielte darauf an, dass die Landwirtschaft häufig als Hauptverantwortliche für Schadstoffe im Trinkwasser verantwortlich gemacht würde. Die Grenze von 50 Milligramm Nitrat bezeichnete er als reine Willkür: „Diese Zahl vernichtet Betriebe und Existenzen.“ Er sprach sich für ein Monitoring und gegen Überwachung aus. Anhand von Studien machte er deutlich, wie wenig die Landwirtschaft letztendlich für verunreinigtes Grundwasser verantwortlich gemacht werden könne. „Der Einsatz von Neonicotinoiden ist in der Landwirtschaft verboten, aber von den unzähligen Zigarettentippen auf der Straße redet keiner“, sagte er. Auch Einträge aus der Humanmedizin sowie Koffein, Nikotin und künstliches Süßstoffe belasteten die Trinkwasserbrunnen stark. „Für Pharmaka gibt es in Deutschland nicht einmal eine Umweltverträglichkeitsprüfung“, führte Dr. Licha aus. Pestizide, die in der Landwirtschaft lange verboten sind, werden noch heute in Material zur Fassadendämmung gegen Schimmel und Algen eingesetzt. Laut Fraunhofer-Institut wurden solche Mittel bis 2012 im deutschsprachigen Raum in 900 Millionen Quadratmetern Hauswand verbaut. Korrosionsschutzmittel, Körperpflegemittel und Biozide, wie etwa Desinfektionsmittel, gelangen tonnenweise in die Kläranlagen. „Antibiotikarückstände im organischen Dünger sind wirklich nicht gefährlich“, sagte er. „Coca-Cola dagegen müssten Sie im Verhältnis 1:100 verdünnen, damit sie das aufs Feld kippen dürften.“ Glyphosat gelange hauptsächlich über Ionenaustauscher aus Wasch- und Spülmaschinen in die Umwelt, erklärte der Referent. „Wenn Sie wirklich etwas für die Umwelt tun wollen, nutzen Sie Ibuprofen anstatt Diclofenac und ent-

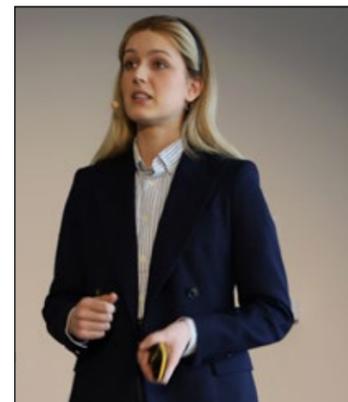
sorgen Sie Medikamente im Hausmüll, nicht im Ausguss,“ appellierte er abschließend. Wirkstoffe im Ibuprofen würden abgebaut, die in Diclofenac verursachten Nierenkrebs bei Fischen.

Nach einem kurzen Abstecher in die Grundlagen der Ertragsbesteuerung und die Vor- und Nachteile bei der Gründung einer Unternehmens-Holding durch Landvolk-Steuerberater Joachim Kramer, stellte die „Agrar-Influencerin“ Marie Hoffmann ihre Arbeit in den sozialen Medien vor. Die 27-Jährige betreibt mit einem Schulfreund und dessen Eltern eine Ackerbau-GbR im Raum Soest in Nordrhein-Westfalen. Auf Instagram (826.000 Follower), TikTok (473.000 Follower) und Facebook bringt sie Verbrauchern in sympathischen Erklärvideos landwirtschaftliche Themen näher und setzt sich mittlerweile auch in bekannten TV-Formaten für den Berufsstand ein.

Ein großes Problem stellten aus ihrer Sicht eben auch die sozialen Medien dar, in denen jeder ungefiltert auch Desinformation verbreiten könne. Das machte sie in ihrem Vortrag immer wieder an konkreten Beispielen deutlich. „Bei deutschlandweit nur noch 270.000 Betrieben gegenüber 78 Prozent städtischer Bevölkerung kennen immer weniger Menschen jemanden mit Bezug zur Landwirtschaft“, sagte sie. Das Basiswissen sei bei vielen komplett verloren gegangen. So zeigt sie in ihren Videos beispielsweise den Unterschied von Heu und Stroh, die Vorteile der Kreislaufwirtschaft oder die Notwendigkeit der Direktzahlungen. Den rund 100 Teilnehmern der Agrarmanagentagung empfahl sie, auf Facebook und Instagram, aber auch in Kommentarspalten von Nachrichtenseiten kräftig zu liken und zu teilen, um entsprechenden Posts mehr Aufmerksamkeit und Reichweite zu ermöglichen. „Solche Foren sind voll von stillen Mitlesern. Die kann man so auch erreichen.“

Zuletzt hatte Marie Hoffmann sich eine kleine Social-Media-Pause gegönnt, ist aber jetzt zur Bundestagswahl wieder mehr dabei. „Man muss täglich etwas posten, um im Algorithmus zu bleiben“, sagte sie.

Sascha Thiele, Vorstand der Sparkasse Nienburg, hob in seinem Resümee den abwechslungsreichen Themenmix der Vorträge hervor, der für viel Gesprächsstoff beim anschließenden Mittagsimbiss sorgte.



Marie Hoffmann.

Fotos: Backhaus

Feldberegnung: Forschungsgruppe Landwirtschaft

Landkreise stellen kostenlos digitale Wasserzähler bereit

Mittelweser (ufa). Wasser ist Lebensgrundlage und ein elementares Wirtschaftsgut für die Landwirtschaft. Digitale Wasserzähler werden bei der Feldberegnung zukünftig eine wichtige Rolle spielen. Um u. a. präzisere Erkenntnisse über hydrogeologische Wechselwirkungen zu gewinnen, ist das Engagement der Landwirte gefragt.

Dürremonate im Sommer, Starkregenereignisse und Hochwasser in der kalten Jahreszeit... Über einen existenzbedrohenden Mangel an Wasser kann man sich im Verbandsgebiet des Landvolks Mittelweser zwar nicht beklagen, doch die Mengen schwanken stark, wie in den vergangenen Jahren unschwer erkennbar, und wirken so zwischen zwei Polen: Manchmal viel zu viel, meistens zu wenig.

Seit über zehn Jahren werden in den

Landkreisen Diepholz und Nienburg sowie über deren Grenzen hinweg fallende Grundwasserpegel registriert. Die Behörden reagierten in der Vergangenheit – zum Leidwesen vieler betroffener Landwirte – bereits per Verordnung mit temporären Einschränkungen bei der Grundwasserentnahme. Die überdurchschnittlich hohen Niederschlagsmengen der zurückliegenden anderthalb Jahre sprechen wiederum eine andere Sprache. Geschuldet ist diese Entwicklung den global fortschreitenden klimatischen Veränderungen.

„Es ist unvermeidbar, dass wir an dieser Stelle in Zukunft ein deutlich differenzierteres Ressourcenmanagement haben müssen – aus vernünftigen praktischen Erwägungen heraus, aber auch wegen der anhaltenden gesellschaftlichen Diskussion um den zukünftigen Umgang mit diesem existenziell bedeut-

samen Element“, erklärt Fachingenieur Martin Kleingünther, beim Landkreis Diepholz Teamleiter der Unteren Wasserbehörde Verwaltung im Fachdienst 66 Umwelt und Straße. „Doch dazu müssen wir das komplexe Zusammenspiel der Grundwasserentnahmen und den Einfluss auf das Brunnumfeld besser analysieren und verstehen. Detailliertere Entnahmedaten fördern nicht nur das kleinräumige Systemverständnis, sie können auch eine wichtige Grundlage für die Erteilung von zukünftigen Wasserrechten sein.“

Durch den Einsatz von Messsonden konnten in den vergangenen Jahren bereits wertvolle Erkenntnisse gewonnen werden. Modellrechnungen prognostizieren einen steigenden Wasserbedarf bei der Feldberegnung zur Sicherstellung der Ernten in den kommenden Jahrzehnten. Um die benötigten Ressourcen zielgenau zur Verfügung stellen zu können, werden künftig digitale Wasserzähler als Datenlieferant unverzichtbar sein.

Und an dieser Stelle kommen die hiesigen Landwirte ins Boot. Denn im nächsten Schritt leiten die Landkreise Diepholz und Nienburg gemeinsam eine noch dichtere digitale Grundwassermessung ein, um ein präziseres Datenbild zu erlangen. Hierzu werden die Landwirte im Verbandsgebiet zur Mitwirkung gebeten. Rund 650 aktive Feldberegnungsbrunnen sind allein im Landkreis Diepholz verzeichnet und bilden nach der Trinkwassergewinnung die zweitgrößte Nutzergruppe. Um die dort anfallenden Entnahmemengen und -zeiten an den geografisch und geologisch jeweils individuell zu bewerten-

den Standorten in eine realitätsnahe Erhebung einfließen zu lassen, sollen digitale Wasserzähler installiert werden, die der Landkreis kostenlos bereit stellt.

Dabei legt man bei der Behörde allerhöchsten Wert darauf, hiermit nicht den „gläsernen Bauern“ und auch kein neues Bürokratiemonster oder neue Regularien zu schaffen. „Für uns ist das Systemverständnis, also der gläserner Grundwasserleiter, die Zielsetzung. Aktuelle oder in der Zukunft zu stellende Feldberegnungsanträge sollen von den erhobenen Daten idealerweise profitieren“, sagt Martin Kleingünther mit Nachdruck. „Uns geht es um erklärbareren Erkenntnisgewinn, wir wollen kapieren, was im Grundwasser vorgeht. Die Grundwasserentnahmedaten in differenzierter zeitlicher Aggregation liefern uns Basisdaten für hydrogeologische Analysen, insbesondere in Kombination mit der Erfassung von Grundwasserstandmessungen. Sie fördern das Verständnis für die kleinräumigen hydrogeologischen Zusammenhänge und Wechselwirkungen.“

Die gewonnenen Daten werden auch in die Weiterentwicklung des Wasserversorgungskonzeptes für den Landkreis einfließen, die wiederum Teil des großflächigen Ressourcenmanagements von Land und Bund sein werden. Langfristiges Ziel ist eine gleichsam nachhaltige und effiziente Nutzung des Grundwassers, unter Berücksichtigung der gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen.

Doch wie funktioniert der digitale Wasserzähler technisch und in der Praxis? „Der handelsübliche, schon jetzt zwischen Pumpe und Trommelwagen im

Einsatz befindliche Wasserzähler, kann in den meisten Fällen weiter betrieben werden, sofern die Möglichkeit für den Anschluss eines sogenannten Reedkontakt-Kabels gegeben ist. Eine etwa DIN-A5-große „Smartbox“ verbindet nun den ursprünglich analogen Zähler mit der digitalen Welt. Die Entnahmedaten – also Menge, Datum und Uhrzeit – werden nach dem Beregnungsgang an eine Cloud gesendet. Dabei herrscht jederzeit Transparenz: Landwirt und Behörde sehen immer exakt die gleichen Daten auf der Ebene der Einzelbrunnen.“

Dass die digitalen Wasserzähler an den Feldberegnungsanlagen perspektivisch zum Standard werden, ist absehbar. Sie liefern verlässliche Daten in Echtzeit und bieten so die Basis für schnelle und zielsichere Entscheidungen. Im Fall einer temporären Wasserknappheit können Einschränkungen bei der Feldberegnung besser abgeschätzt werden. Denkbar wären hier gegebenenfalls auch die Definition von Grenzgrundwasserständen, statt pauschale raumgreifende Regelungen für ganze Regionen.

Als einen wertvollen Nebeneffekt benennt Martin Kleingünther den kurzen und automatisierten Meldeweg zwischen Landwirt und Behörde: „Die Datenübermittlung der bislang verwendeten analogen Messarmaturen hat in der Vergangenheit viel Zeit auf beiden Seiten in Anspruch genommen, ebenso die anschließende arbeitsaufwendige Analyse und Weiterleitung an das Land. Die Digitalisierung soll den Verwaltungsaufwand auch auf der landwirtschaftlichen Seite minimieren und gleichzeitig eine deutlich höhere Qualität der Daten mit sich bringen.“

Kuhmilch bleibt Kerngeschäft

frischli setzt jetzt auch auf Haferdrinks

Rehburg-Loccum (ine). „Es gibt bestimmte Kundenanforderungen, die man mit bestimmten Sortimenten bedienen muss“, erläutert Dr. Timo Winkelmann, Geschäftsführer der frischli Milchwerke GmbH in Rehburg-Loccum. Zusammen mit dem Unternehmen Brügggen hat frischli deshalb „The Oat Factory“ gegründet, ein Unternehmen, das darauf spezialisiert ist, Haferdrinks, Haferdrink-Konzentrate und funktionelle Haferprodukte zu entwickeln und herzustellen. Das war für frischli ein konsequenter Schritt, um das Kerngeschäft mit der Milch zu ergänzen, erläutert Timo Winkelmann im Gespräch mit der Landvolk-Zeitung.

In der neuen Plant-based-Anlage in Rehburg-Loccum wird die Haferbase hergestellt, die dann zu einem Drink ausgemischt, UHT-erhitzt und schließlich in der neuen Produktionshalle abgefüllt wird. Zum Einsatz kommt dabei ein neuartiger Produktionsprozess, der eine besonders hochwertige Qualität der Produkte gewährleistet. Die neue Anlage hat eine Kapazität von bis zu 100 Millionen Litern pro Jahr. Dazu gehört neben der Verflüssigungsanlage eine eigene Mühle. Von der landwirtschaftlichen Erzeugung bis zur Vermarktung bespielt „The Oat Factory“ die ganze Klaviatur. „Wir sind nicht der Pionier, der das Segment entwickelt. Aber wir sind die, die mit dem Anspruch einsteigen, Maßstäbe in Kosten- und Energieeffizienz zu setzen“, sagt Timo Winkelmann. Ähnlich wie bei der klassischen H-Milch kommt auch der Haferdrink als Eigenmarke in die Supermärkte. In welche? Darüber schweigt sich Dr. Timo Winkelmann noch aus. Klar ist aber: Zwei der fünf großen Player im Lebensmitteleinzelhandel werden von „The Oat Factory“ ab Februar mit dem Haferdrink beliefert, der mit einem Verkaufspreis von knapp unter einem Euro deutlich günstiger als die Marken-

produkte in diesem Sektor sein soll.

„Das funktioniert nur, wenn man die Wertschöpfungskette selbst in der Hand hat“, erläutert Timo Winkelmann. Aus dem Geschäft mit den Haferdrinks würden sich Synergien für das Bestandsgeschäft ergeben, ist sich der Geschäftsführer gewiss. Denn aus einer Hand kann frischli nun Milchprodukte und pflanzliche Alternativen liefern. „Das bedeutet also indirekt einen positiven Effekt auf unsere Stellung als Milchlieferant.“ Denn, das macht der Geschäftsführer klar, die Kuhmilch ist und bleibt das Kerngeschäft von frischli. „Da wachsen wir auch: Wir haben zusätzliche Milchlieferanten aufgenommen und wachsen damit um sechs bis sieben Prozent.“ Gleichzeitig wirbt er bei den Landwirten auch dafür, in die Erzeugung für Hafer einzusteigen. „Die ersten haben schon bei uns angefragt.“ Das Interesse ist also da, Hafer in Bio-Qualität anzubauen. Aktuell wird dieser Rohstoff überwiegend aus dem Baltikum bezogen. Zunehmend soll aber Hafer aus dem norddeutschen Raum dazukommen.

Die neue Anlage in Rehburg-Loccum ist darauf ausgelegt, große Chargen zu verarbeiten. Neben dem Natur-Bio-Haferdrink, mit denen „The Oat Factory“ startet, wird es eine Barista-Variante und „No-Milk-Produkte“ mit 1,5 und 3,5 Prozent Fett geben. „Insgesamt aber wollen wir's schlank halten“, sagt Timo Winkelmann. Immerhin bedienen frischli und Brügggen mit „The Oat Factory“ einen großvolumigen und kostensensiblen Markt. Die Arbeitsteilung im gemeinsamen Unternehmen ist klar: Brügggen kümmert sich um die Rohstoffbeschaffung und bringt seine Expertise mit Cerealien ein, frischli ist für die Produktion zuständig. Beiden Unternehmen ist gemein, dass sie viel Erfahrung im Handelsmarken-Geschäft vorweisen können. „Wir wissen also sehr genau, was uns erwartet“, sagt Winkelmann.



Gesundes Wachstum mit neuer Energie:

it's on us

Entdecken Sie, wie auch Ihr Betrieb von der Energiewende profitieren kann. Mit Energielösungen von E.ON verbessern Sie Ihre Klimabilanz, stellen Ihr Unternehmen zukunftssicher auf und sparen langfristig Kosten. Mehr auf eon.de/energiewende

E.ON Energie Deutschland GmbH

+49 871 95 38 62 19

rahmenvertrag@eon.de

eon.de/gk



Heizöl, Diesel, RGas, RStrom, Erd- und Flüssiggas, Kraftstoffe

☎ 05761 / 9211 12

Ihr regionaler Energielieferant und Partner für die Landwirtschaft

Weser-Energie Handel & Logistik GmbH
Oehmer Feld - 31633 Leese

Feldbetankung & Tankservice
Kontraktmanagement-Beratung
Kurze Lieferzeiten & Notfall-Service

Ein Unternehmen aus der Zusammenarbeit von
Raiffeisen Agil Leese... HÖTZE... hegebauzentrum

www.weser-energie-handel.de | info@weser-energie-handel.de | 05761 / 9211 12

Ordnungssysteme empfohlen

Aufräum-Coach zu Gast bei den Hoyaer LandFrauen

Hoya (lh). 155 Hoyaer LandFrauen begrüßten das neue Jahr mit einem Glas Sekt und einem ausgiebigen Frühstück in Thöles Hotel in Bücken. „Zukunft im Blick – verantwortlich handeln“, so heißt das derzeitige Dreijahresthema des Niedersächsischen Landesverbandes. Um die Stärkung des individuellen Handelns zur Reduzierung des CO₂-Fußabdrucks ging es auch in dem Vortrag der Ordnungsexpertin Svenja Kaste, denn Nachhaltigkeit macht auch vor dem Kleiderschrank nicht Halt. Viele Tipps, wie nicht nur im neuen Jahr der Kleiderschrank entrümpelt werden kann, auf was beim Kauf neuer Kleidung zu achten ist, hatte die in Schortens lebende TÜV-zertifizierte Ordnungsexpertin im Gepäck.



durcheinander. Neben der Ursachenanalyse zeigte die quirlige Friesin den LandFrauen praktische Ratschläge, sodass nicht nur der Kleiderschrank wieder übersichtlich wird, sondern sich zusätzlich ein wohliges Gefühl einstellt. „Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne“,

damit ermutigte sie die LandFrauen zum Ausmisten. „Wenig getragen, war teuer, ein Geschenk oder ein Erinnerungsstück“ seien dabei keine Ausreden. Auch bei teuren Kleidungsfehlkäufen käme das Geld nicht zurück, es sei woanders im Umlauf und könne nicht zurückgeholt werden. Zuerst müsse alles raus aus den Schränken, aber wirklich alles, betonte die Referentin, und zwar nach Kategorien: „Behalten und lieben, Verkaufen oder spenden, Müll!“. Plattformen wie Vinted oder Ebay, Kleidersammlungen der Diakonie, DLRG oder Direktspenden an Frauenhäuser

oder Kinderheime seien dabei eine Möglichkeit, gute und gebrauchte Kleidung sinnvoll einer anderen Nutzung zuzuführen.

Was übrig bleibe, solle man ausprobieren und entscheiden, ob man es möge, häufig trage oder für den gleichen Preis nochmal kaufen würde. Sei die Spreu vom Weizen getrennt, dann empfiehlt die Ordnungsexpertin Ordnungssysteme wie einheitliche Kleiderbügel, Schubladen, Organizer, Boxen und ausreichend Borde in den Schränken. Kategorien, separate Zonen, Sortierung nach dem Regenbogensystem aber auch eine Beschriftung spare Platz und Zeit, hob Svenja Kaste hervor. Auch für eine „Hoffnungsbox“, in der ein geliebtes aber zurzeit zu enges Kleidungsstück aufbewahrt werden können, oder auch einer „Herzecke“ mit lieben Erinnerungsstücken finde sich nach dem Ausmisten noch genügend Platz. „Im eigenen Schrank wieder shoppen gehen“, wenn das erreicht sei, habe ‚frau‘ alles richtig gemacht.

Spende an krebskranke Kinder

Stolzenauer LandFrauen überreichen Scheck an Elterninitiative



Die Vorsitzende der Initiative, Eva Prasuhn (rechts), nahm den Scheck aus den Händen der Stolzenauer LandFrauen entgegen. Foto: LandFrauen

Stolzenau (lf). Eine kleine Delegation der LandFrauen Stolzenau hat kürzlich in der Kinderklinik des Johannes Wesling Klinikums in Minden eine großzügige Spende an die Initiative Eltern krebskranker Kinder Minden

e. V. überreicht. Wie jedes Jahr hatten die LandFrauen bei ihrer Weihnachtsfeier Spenden für einen guten Zweck gesammelt – in diesem Jahr zugunsten der krebskranken Kinder und ihrer Familien.

„Es ist die unfassbare Summe von 929 Euro zusammengekommen!“, berichtet die Vorsitzende des LandFrauenvereins, Irma Traut Hasselbusch, sichtlich stolz. Den symbolischen Scheck nahmen Eva Prasuhn und Claudia Bahl von der Elterninitiative dankbar entgegen.

Die Initiative Eltern krebskranker Kinder Minden e.V. unterstützt Familien in einer Zeit, die von der schweren Diagnose und Therapie ihrer Kinder geprägt ist. „So eine Diagnose stellt den gesamten Familienalltag auf den Kopf“, erklärt Eva Prasuhn. Genau hier setzen die ehrenamtlichen Helfer an, um den Familien den Alltag zu erleichtern und Unterstützung anzubieten – sowohl auf der Station als auch darüber hinaus.

In der Klinik gibt es beispielsweise den besonderen Raum der „Quietschküche“. Dieser lädt Familien ein, gemeinsam zu kochen, zu spielen und Zeit miteinander zu verbringen. Jede Familie hat dort ein eigenes Kühlschranksfach, um auch in dieser schwierigen Zeit ein Stück Alltag zu bewahren. Darüber hinaus organisiert die Initiative außerhalb der Klinik Haushaltshilfen und weitere Hilfsangebote.

Ein besonderes Highlight für die Kinder ist die Mutperlen-Kette: Jedes Kind erhält bei der Aufnahme eine Schnur, auf der zunächst der Name aufgefädelt wird. Für jede Untersuchung und Therapie kommen individuelle Perlen hinzu, sodass am Ende eine ganz persönliche Mutperlen-Kette entsteht – ein sichtbares Symbol für den Mut und die Stärke der Kinder.

Auch die kunstvolle Gestaltung der Wände in der Kinderklinik, für die die Hannoveraner Illustratorin Karin Konrad verantwortlich zeichnet, wurde durch die Initiative unterstützt. Die liebevoll gestalteten Zeichnungen sorgen dafür, dass es auf den Klinikfluren immer etwas zu entdecken gibt und eine kindgerechte Atmosphäre entsteht.

Ein emotionaler Höhepunkt in der Behandlung ist das Abschiedsritual, wenn die Zeit der Krankheit erfolgreich überstanden ist: Dann wird eine Glocke geläutet, alle Mitarbeitenden und Patienten bilden ein Spalier, und die Kinder und Jugendlichen erhalten ein Abschiedsgeschenk von der Elterninitiative.

„Wir sind beeindruckt von den vielen Angeboten, die diese Initiative möglich macht, und freuen uns, mit unserer Spende einen Beitrag leisten zu können“, betonten die LandFrauen.

Mit ihrer Unterstützung tragen die LandFrauen dazu bei, dass die Initiative auch weiterhin Hilfsprojekte für die betroffenen Kinder und ihre Familien umsetzen kann

Die Lebensmittelretter sensibilisierten Grundschüler

Martfeld (ine). Auf den Tischen türmten sich Tomaten, Kartoffeln, Gurken, Tee und auch Backmischungen: Allesamt gerettete Lebensmittel, die Alexandra Kluwig und Tristan Reimers jetzt mit in die Grundschule Martfeld brachten und an die Kinder in den Klassen eins bis vier verteilten.

– und dafür setzt sie sich persönlich im Verein „Die Büdelredder – Umweltschutz durch Lebensmittelretten“ ein. In die Schule brachte sie auch einen eigens für die Büdelredder kreierten Comic mit, den die Kinder ausmalen konnten. Weitere Informationen unter www.budelredder.de.

Die Lebensmittel stammen vom Kooperationspartner „Hello Fresh“ in Verden. „Im vergangenen Jahr haben wir 94 Lkw-Ladungen mit jeweils etwa zehn Tonnen Lebensmitteln gerettet“, berichtete Alexandra Kluwig den Kindern. Das, was sie ihnen in die Tüten packte, war zu gut für die Tonne



Situationsbericht als Bibel

Landvolk beim DBV auf der Grünen Woche



DBV-Generalsekretär Bernhard Krüsken (stehend, links) und Benjamin Walker (stehend, rechts) begrüßten die Niedersachsen in Halle 3. Foto: Backhaus

Berlin (tb). Bevor es für die Landvolk-Delegation auf der Grünen Woche in Berlin zum Niedersachsenabend ging, stand am Nachmittag noch ein Besuch am Messestand des Deutschen Bauernverbandes in Halle 3 auf dem Programm. Auf Einladung von Benjamin Walker, Leiter Political Affairs, bekam die Gruppe um die beiden Vorsitzenden Christoph Klomburg und Jürgen Meyer einen Einblick in die politische Arbeit des Verbandes.

„Wir bringen die Argumente zu den Entscheidungsträgern“, erklärte Walker, der als einer von rund 6.000 Lobbyisten in Berlin Zugang in den Deutschen Bundestag hat. Von den 736 Abgeordneten hätten 18 Bezug zur ‚grünen Branche‘ und acht seien gelernte Landwirte, machte er den Bedarf an Beratung und Aufklärung deutlich. Mit dem DBV-Situationsbericht als „Bibel“ gehe er von Büro zu Büro.

Die Themensetzung bei seiner Arbeit mit der Regierung ergebe sich automatisch aus dem Koalitionsvertrag, erklärte er. „Da sind wir dann automatisch

reaktiv unterwegs.“ Die Oppositionsparteien forderten hingegen auch bei eigenen Themen die Expertise des DBV ein. „Wir sind Partner auf Augenhöhe bei entsprechenden Themen“, sagte er. „Spannend wird jetzt, welche Farbe das Agrarressort nach der Wahl haben wird.“ Sicher ist: bei den nächsten Koalitionsverhandlungen wird der DBV wieder in beratender Funktion dabei sein. „Wir müssen zu jeder Zeit gute Argumente zu bestimmten Positionen parat haben“, sagte Walker. Immer bestehe die Gefahr, dass jemand auf einer Veranstaltung im heimischen Wahlkreis die Argumente um die Ohren fliegen. „Der- oder diejenige kommt dann nie wieder zu uns“.

benjes
IMMOBILIEN GMBH

Ackerland/ Grünland/Wald
in den Landkreisen Diepholz, Nienburg und Verden gesucht:

- Sehr erfolgreiche Verkäufe/Verpachtungen
- Aussagekräftige Angebotsunterlagen
- Umfangreiche Kundenkartei

Wir arbeiten neutral und unabhängig. Rufen Sie uns an!

04252 93210
benjes-immobilien.de
Bökenbraken 11 · 27305 Br.-Vilsen

Bezirksversammlungen 2025

Mittelweser (tb). Im neuen Jahr haben wir fünf Veranstaltungen Sie geplant. Auf den Versammlungen erhalten Sie wertvolle Informationen über Aktuelles aus der Agrarpolitik und gehen gern auf Ihre Fragen ein. Gern können Sie Themenwünsche mit Regionalbezug im Vorfeld über die Bezirkssprecher an den Vorsitzenden oder den Geschäftsführer herantragen. Wenn Sie an dem Termin in Ihrem Bezirk verhindert sein sollten, würden wir uns über die Teilnahme an einer anderen Versammlung freuen. Ganz besonders freuen wir uns über die Teilnahme junger Landwirtinnen und Landwirte.

BASSUM, TWISTRINGEN, HARPSTEDT
Dienstag, 11. Februar 2025, 19.30 Uhr
Stövers Landgasthaus, Groß Henstedt 8, 27211 Bassum

BRUCHHAUSEN-VILSEN, HOYA/EYSTRUP, MARKLOHE
Dienstag, 18. Februar 2025, 19.30 Uhr
Landhaus Hünecke, Nordholz 2, 27333 Warpe
Wahl von Bezirkssprechern und Ortsvertrauensleuten

LANDESBERGEN/REHBURG-LOCCUM, LIEBENAU, STEYERBERG, STOLZENAU, UCHTE
Donnerstag, 20. Februar 2025, 19.30 Uhr
Gasthaus Conrades, Loccum Str. 19, 31633 Leese
Wahl von Bezirkssprechern und Ortsvertrauensleuten

Siehe auch www.landvolk-mittelweser.de/termine.

IMPRESSUM
Herausgeber:
Landvolk Niedersachsen
Kreisverband Mittelweser e. V.
Geschäftsführer:
Olaf Miermeister (V.i.S.d.P.)
Redaktion:
Tim Backhaus
Anschrift:
Hauptstraße 36-38, 28857 Syke
Tel.: 04242 595-0, Fax: 04242 595-80
E-Mail:
lv-zeitung@landvolk-mittelweser.de
Verlag, Satz und Layout:
Verlag LV Medien GmbH
Hauptstraße 36-38, 28857 Syke
Druck:
Schweiger & Pick Verlag
Pfungsten GmbH & Co. KG,
Celle
Erscheinungsweise:
monatlich

Für Mitglieder des Landvolks Mittelweser kostenlos. Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und nicht unbedingt der Redaktion, die sich Sinn wahrende Kürzungen von Manuskripten und Leserbriefen vorbehält. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Die Leserschriften sind computergespeichert. Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Entschädigung.

DEIN HOFPROJEKT
planen | fördern | optimieren
Team Thamm

- Baubetreuung von A bis Z
- Immissionsgutachten
- Förderprogramme
- Energieeffizienz
- Sachverständigenwesen

T 04277 1212 | dein-hofprojekt.de
Thamm GmbH & Co. KG



„Störungsfreie Kampagne“

Rübenvermarkter zufrieden mit Erträgen

Syke (ine). In dieser Saison ist die aktuelle Rübenkampagne außerordentlich lang: „Sie läuft rund 160 Tage“, berichtet Claudia Engelmann, Geschäftsführerin der Rübenvermarktung Hunte-Weser GmbH. Obwohl die Aussaat in einigen Gebieten erst sehr spät erfolgte und viele Schläge zum frühen Zeitpunkt einen hohen Druck an Blattkrankheiten aufwiesen, führten die Witterungsbedingungen mit ausreichender Niederschlagsverteilung zu erfreulich hohen Erträgen: „Bereits die Proberodungen im August ließen eine ertragreiche Kampagne vermuten“, erläutert Claudia Engelmann.

Rund 300 Landwirte bauten Zuckerrüben auf einer Fläche von etwa 3.700 Hektar für den Verband der Zuckerrübenanbauer im Hunte-Weser-Gebiet an. Das vorläufig durchschnittliche Ernteergebnis des Verbandes liegt mit einem Rübenanbau von 84 Tonnen pro Hektar und 16,9 Prozent Zuckergehalt im guten Mittelfeld und ergibt einen Zuckerertrag von 14,19 Tonnen pro Hektar. Die Gesamtabzüge bewegen sich mit 4,19 Prozent in der Norm. „Die meisten Rüben sind zu guten Bedingungen trocken in die Miete gekommen“, sagt Claudia Engelmann. Lediglich der mäßige Zuckergehalt sei nicht zufriedenstellend, berichtet die Geschäftsführerin.

Die Mengenbewältigung ist für alle Beteiligten in diesem Jahr herausfordernd. Eine besondere Herausforderung stellte die gute Ernte in der weiteren Vermarktung dar: Denn die Rüben, die über 110 Prozent der vereinbarten Menge geliefert werden, sind sogenannte Überrüben und werden mit nur noch zehn Euro pro Tonne von Nordzucker zuzüglich Nebenleistung abzüglich

Fracht vergütet. Hier steuerte die Rübenvermarktung Hunte-Weser GmbH frühzeitig gegen: „Auch wir im Verband mussten alternative Verwertungsmöglichkeiten in Betracht ziehen und sind rechtzeitig mit Biogasanlagenbetreibern in Kontakt getreten, um Verträge zu schließen. Auch einzelne Landwirte selbst haben nach alternativen Verwertungsmöglichkeiten gesucht, um die Menge der Überrüben so gering wie möglich zu halten.“ Die Verhandlungen zu den endgültigen Rübenpreisen werden im Anschluss der Kampagne aufgenommen. Der garantierte Mindestpreis für Zuckerrüben liegt jedoch bei 35 Euro pro Tonne. Der greife dann, wenn der Preis am Zuckermarkt unter 463 Euro pro Tonne falle. „Insgesamt kann man von einer langen, aber weitgehend störungsfreien Kampagne sprechen“, sagt die Geschäftsführerin. „Das liegt vor allem am unermüdlichen Einsatz und der guten Zusammenarbeit aller Beteiligten. Ein besonderer Dank gilt unserer Disponentin Helke Klünder, die sich nach dieser Kampagne von uns verabschiedet.“ Die Nachfolge ist bereits gesichert: Sascha Karsten verstärkt das Team der Rübenvermarktung Hunte-Weser ab dem 1. April. „Am 31. Januar feiern wir gemeinsam das Rübensilvester und gehen dem Kampagnenende entgegen.“

Endgültige Ernteergebnisse und weitere relevante Informationen über die Kampagne erhalten die Zuckerrüben-Anbauer auf den Winterversammlungen. Diese finden am Montag, 17. Februar, um 14 Uhr im Hotel Gut Altona in Wildeshausen, am Mittwoch, 19. Februar, um 9 Uhr im Gasthaus Freye in Bassum-Osterbinde sowie am Mittwoch, 19. Februar, um 14 Uhr im Landhaus Hünecke in Warpe statt.

„Man merkt schon, dass die Pflanzen schlechter wachsen“

Hauke Mues wirtschaftet mit seinem Großvater im roten Gebiet

Stolzenau-Nendorf (ine). Dass er einmal Landwirt werden würde, war für Hauke Mues keine Frage: „Das war immer klar.“ Noch während seiner landwirtschaftlichen Ausbildung gründete der Nendorfer gemeinsam mit seinem Großvater Heinrich eine GbR. Diese bewirtschaften beide bis heute zusammen. Eine eher ungewöhnliche Konstellation. Aber eine, die gut funktioniert.

Haukes Vater Henning wiederum hat direkt nebenan eine weithin bekannte Pferde- bzw. Sportpferdehaltung aufgebaut. Beide Betriebe helfen sich, wenn es nötig ist, zum Beispiel bei der Arbeit auf dem Grünland. Zu den 150 Hektar, die Hauke und Heinrich Mues bewirtschaften, gehören etwa 20 Hektar Grünland. „Ich baue Roggen, Weizen, Gerste, CCM, Körnermais und Raps an“, sagt der 28-Jährige. Auf den Anbau von Triticale verzichtet er mittlerweile: „Das ist nicht mehr meine Frucht, weil es im Anbau nicht so rund läuft, der Pflanzenschutz mehr wird und die Düngung schon fast auf Weizeniveau ist.“ Auch gedroschen wir hier noch selbst. „Wir dreschen auch noch etwas im Lohn“, erzählt Hauke Mues.

Alles, was der Betrieb produziert, geht in das Futter der 1.200 Mastschweine, die direkt auf dem Hof ihren Platz haben. „Wir sind Eigenmischer“, sagt der Landwirt. Auch wenn das aufwendig sei und man sich um Wartung kümmern und Silos vorhalten müsse: „So produzieren wir unsere eigene Qualität. Das Mastschwein macht Spaß, wenn es gut



Enkel Hauke und Großvater Heinrich Mues haben gemeinsam eine GbR gegründet.
Foto: Suling-Williges

läuft“, findet er. Seine Ferkel bezieht er von ein bis zwei Ferkelerzeugern aus der Region. In Haltungsform zwei wachsen sie im Stall auf, bis sie dann zur Schlachtung gehen. „Ich überlege, auf Haltungsform drei umzustellen“, erzählt Hauke Mues. „Aber das ist noch Zukunftsmusik. Ich muss erstmal schauen, ob wir das hier genehmigt bekommen.“

Er ist auch vorsichtig, was eine Betriebserweiterung angeht: „Ich möchte erstmal alles besser machen und erst dann vielleicht erweitern“, sagt der staatliche geprüfte Betriebswirt, der nach seiner Ausbildung absolvierte die ein- und zweijährige Fachschule in Nienburg absolviert hatte. Der junge

Landwirt guckt in die Zukunft: „Man muss immer den Mut haben, um weiterzumachen.“

Die Bürokratie sieht er zunehmend als Hindernis an, auch wenn es im Bereich QS schon erste Erleichterungen gebe. Dass das Gros seiner Flächen als rotes Gebiet deklariert ist, schmeckt ihm nicht. „Man merkt schon, dass die Pflanzen schlechter wachsen. Das sieht man auch an der nicht gedüngten Zwischenfrucht.“ Dennoch ist er auch hier optimistisch: „Damit kommen wir auch klar“, sagt der 28-Jährige, der zusammen mit seinem 77-jährigen Großvater ein gutes Arbeitsteam bildet. „So etwas wie Schweine verladen geht eben am besten zu zweit.“

Sprechzeiten der Geschäftsstellen

Geschäftsstelle Syke
Hauptstr. 36-38
Telefon: 04242 595-0

Beratungstermine nach Vereinbarung in den Abteilungen

- Steuern und Buchführung
- Recht
- Betriebswirtschaft
- Baugenehmigungsmanagement
- Soziales
- allgemeine Agrarberatung während der Geschäftszeiten montags bis donnerstags von 8 bis 17 Uhr und freitags von 8 bis 15 Uhr.

Vorsitzende Christoph Klomburg und Jürgen Meyer:
Termine nach Vereinbarung.

Steuererklärungen für nicht buchführungspflichtige Landwirte, Verpächter und Altenteiler:
Termine nur nach Vereinbarung während der Geschäftszeiten.

Geschäftsstelle Nienburg
Vor dem Zoll 2
Telefon: 05021 968 66-0

Beratungstermine nach Vereinbarung in allen Abteilungen

Rechtsberatung durch den Justiziar des Verbandes mittwochs nach vorheriger Terminvereinbarung.

Steuer-Außensprechtag:
14-tägig dienstags im Rathaus Raddestorf (Raddestorf 36) nach vorheriger Terminvereinbarung.

Außensprechtag der Sozial- und Rentenberatung:
Mittwochs im Rathaus Raddestorf (Raddestorf 36) nach vorheriger Terminvereinbarung.

Versicherungsberatung:
Kostenlose Beratung durch die **Landvolk Service GmbH** bei Ihnen auf dem Hof oder in der Landvolk-Geschäftsstelle Syke.
Ralf Dieckmann
Telefon: 04242 59526
Mobil: 0160 886 3412

Landwirtschaftskammer Niedersachsen

Bezirksstelle Nienburg
Telefon: 05021 9740-0
Die nächsten Sprechtag finden am 12. und 26. Februar und am 12. März von 8.30 Uhr bis 12 Uhr im Rathaus Lavelosloh (Lavelosloher Str. 11, ehem. Volksbank) statt.

Dorfhelferinnen

Station Niedersachsen Mitte:
Martina Wüllmers
Telefon: 0176 19124115



Jetzt Mitglied werden!

„Meine Bank gehört mir, weil mir Werte nicht nur in Euro wichtig sind.“

Morgen kann kommen.
Wir machen den Weg frei.

Wir sind eine Genossenschaftsbank. Die Bank, die ihren Mitgliedern gehört.



Bundestagswahl 2025

Drei Fragen an die Kandidaten aus den Wahlkreisen der Mittelweser-Region

Mittelweser (IV). Nach dem Zusammenbruch der Ampel-Regierung stehen nun am Sonntag, 23. Februar, vorgezogene Neuwahlen zum 21. Deutschen Bundestag an. Die Landvolk-Zeitung hat den Kandidatinnen und Kandidaten für die Bundestagswahlkreise Diepholz – Nienburg I sowie Nienburg II – Schaumburg die folgenden drei Fragen gestellt und um Antworten gebeten.

1. Wie lässt sich Stabilität (Planungssicherheit, Verlässlichkeit und Vertrauen) gewährleisten, damit auch zukünftige Familiengenerationen von Landwirten diesen verantwortungsvollen Beruf ausüben können?
2. Was wollen Sie unternehmen, um sicherzustellen, dass Landwirte faire Preise für ihre Produkte erhalten?
3. Wie möchten Sie deutschen Landwirten globale Wettbewerbsfähigkeit garantieren, ohne unsere deutschen Umwelt- und Produktionsstandards zu senken?

Wahlkreis 33 Diepholz-Nienburg I

CDU



Axel Knoerig, Direktkandidat im Wahlkreis 33 Diepholz-Nienburg I

1. Die Politik muss vorhersehbar agieren und die Bürokratie muss weniger werden. Das schafft Planungssicherheit. Wir haben bereits einiges vor, was das betrifft: Wir sorgen für eine sichere Finanzierung der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“. Auch auf EU-Ebene muss das Agrarbudget weiterhin gut ausgestattet sein. Besonders die Finanzierung des tierwohlgerechten Stallumbaus können die Landwirte nicht allein stemmen.

Wir führen den Agrardiesel wieder ein, reduzieren Bürokratie auf Bundesebene, etwa bei der Nährstoffbilanzierung, und setzen uns auf EU-Ebene weiter mit Nachdruck dafür ein, dass die GAP vereinfacht wird und unter anderem die Zwangstilllegung von Flächen weiter ausgesetzt wird. Wir regulieren den Wolfbestand, um die Sicherheit von Nutztieren zu gewährleisten. Ein Ziel von mir ist, die Ernährungssicherung als Staatsziel in das Grundgesetz aufzunehmen, damit die Anliegen der Landwirtschaft dauerhaft Berücksichtigung finden. Gleichzeitig müssen nationale Alleingänge, die die Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland einschränken, wieder zurückgenommen werden. Ich denke da an das Reduktionsprogramm Pflanzenschutz des BMEL.

2. Landwirte müssen von ihrer Arbeit leben können. Punkt. Als Union stehen wir hinter gemeinschaftlichen Vermarktungsstrukturen wie Genossenschaften und regionalen Initiativen, damit Landwirte den Handelsriesen etwas entgegensetzen können. Im Lieferkettengesetz der EU haben wir erreicht, dass eine Landwirtschaftsklausel eingeführt wurde. Diese verpflichtet Lebensmittelverarbeiter und Einzelhändler, bei der Beschaffung zu existenzsichernden Löhnen und Einkommen für ihre Lieferanten beizutragen. Das ist ein erster Schritt. Auch eine EU-weite Kennzeichnung von Tierwohl und Herkunft würde unsere Landwirte mit ihren hohen Standards stärken.

3. Zum einen brauchen wir eine verbindliche EU-weite Nährwert- und Herkunftskennzeichnung. Auf EU-Ebene streben wir eine Vereinheitlichung der Standards an. Dazu eignet sich be-

sonders die Zeit der deutschen Ratspräsidentschaft. Zum anderen müssen wir auch bei aus Drittländern importierten Lebensmitteln das Augenmerk darauf legen, dass die unseren hohen EU-Standards genügen. Bei empfindlichen Waren halte ich Schutzklauseln für einen gangbaren Weg. Ich weiß, dass etwa das Mercosur-Abkommen vielen Landwirten Sorge bereitet. Hier haben wir neben Quoten auch eine Schutzklausel, die bei drohender oder tatsächlicher Schädigung der europäischen Landwirtschaft greift.

Wettbewerbsfähig wird man aber auch durch niedrigeren Aufwand und Kosten, deshalb müssen der bürokratische Aufwand und die Kosten für Energie runter. Zum anderen müssen wir Innovation fördern: Dabei denke ich an Pflanzenschutzmittel, Pflanzenzüchtung und die Entwicklung nachhaltiger Kraftstoffe für Traktor und Mähdrescher.

SPD



Peggy Schierenbeck, Direktkandidatin im Wahlkreis 33 Diepholz-Nienburg I

1. Die Landwirtschaft hat eine herausragende Bedeutung für unsere Gesellschaft und den ländlichen Raum. Landwirtschaftliche Betriebe sind nicht nur ein bedeutender Wirtschaftszweig, sondern prägen seit Jahrhunderten unsere Kulturlandschaft und das soziale Gefüge in den Regionen. Die Produktion gesunder Lebensmittel bildet unsere Lebensgrundlage und muss zugleich den Landwirtinnen und Landwirten eine verlässliche wirtschaftliche Basis bieten. Wir wissen um die Verantwortung der Landwirtinnen und Landwirte und möchten ihnen langfristige Perspektiven und Planungssicherheit bieten.

Daher investieren wir gezielt in die Zukunftsfähigkeit der Landwirtschaft: Mit 1 Milliarde Euro für den Umbau der Tierhaltung unterstützen wir Landwirte dabei, ihre Betriebe tierwohlgerecht, klima- und umweltfreundlich weiterzuentwickeln. Steuerliche Entlastungen wie die Fortführung der Tarifiermäßigung bis 2028 helfen, Einkommensschwankungen abzufedern. Der Bürokratieabbau durch die BMEL-Initiative ist ein erster wichtiger Schritt. Wir wollen Landwirte spürbar im Alltag entlasten und damit Freiräume schaffen für die eigentliche landwirtschaftliche Arbeit. Zudem setzen wir auf die Förderung der Digitalisierung, um innovative Lösungen und Effizienzsteigerungen für Betriebe leichter zugänglich zu machen.

2. Die Arbeit der Landwirtinnen und Landwirte verdient Anerkennung und faire Bezahlung. Eine auskömmliche Preisgestaltung ist unerlässlich, um den Fortbestand der Betriebe zu sichern. Die SPD setzt sich daher entschlossen für die Stärkung der Verhandlungsposition der Landwirte gegenüber dem Lebensmitteleinzelhandel ein. Ich habe im vergangenen Jahr die Landvölker Mittelweser und Diepholz zu einem Runden Tisch mit Rewe eingeladen. Wir haben über Möglichkeiten zur besseren regionalen Vermarktung von Produkten gesprochen. Ich bleibe dran und will den direkten Austausch zwischen Erzeugern und Abnehmern nach der Wahl fortführen.

Mit der Reform des Agrarorganisations-Lieferkettengesetzes wurden unlautere Handelspraktiken unterbunden, sodass faire und transparente Marktbedingungen geschaffen werden. Weitere Anpassungen müssen zeitnah folgen. Darüber hinaus fördern wir den Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten, um die Abhängigkeit von globalen Mär-

ten zu verringern. Ein verpflichtendes Nachhaltigkeitslabel sorgt für mehr Transparenz und ermöglicht es den Verbraucherinnen und Verbrauchern, bewusste Kaufentscheidungen zugunsten nachhaltiger, tierwohlgerechter und regional erzeugter Produkte zu treffen. Der Ausbau von Erzeugergemeinschaften stärkt die Marktstellung der Landwirte zusätzlich. Für uns ist klar: Gesunde Lebensmittel müssen auch den Produzenten eine gesunde wirtschaftliche Basis sichern

3. Die SPD steht für eine Landwirtschaft, die wettbewerbsfähig ist und gleichzeitig höchste Umwelt- und Sozialstandards einhält. Wir wissen: Landwirtinnen und Landwirte in Deutschland arbeiten mit großem Verantwortungsbewusstsein für Natur, Tiere und Lebensmittelqualität. Diese Leistungen verdienen Respekt und Unterstützung.

Deshalb fordern wir, dass internationale Handelsabkommen wie das Mercosur-Abkommen strenge Umwelt-, Sozial- und Tierwohlstandards enthalten. So verhindern wir unfaire Wettbewerbsbedingungen durch Billigimporte aus Ländern mit niedrigeren Standards. Gleichzeitig investieren wir gezielt in Innovation und Nachhaltigkeit. Mit der neuen GAP-Förderperiode ab 2028 wollen wir insbesondere diejenigen Betriebe stärker unterstützen, die Ressourcen wie Wasser, Boden und Luft schonen und aktiv zum Arten- und Klimaschutz beitragen. Dieser Übergang wird durch praxisnahe Förderprogramme und vereinfachte Antragsverfahren erleichtert.

Bündnis 90 / Die Grünen



Thomas Heidemann, Direktkandidat im Wahlkreis 33 Diepholz-Nienburg I

1. Um Stabilität für Landwirte sicherzustellen, sind mehrere Maßnahmen notwendig:

- Langfristige Agrarpolitiken: Politik muss verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, die über Legislaturperioden hinaus Bestand haben. Dazu gehören stabile Förderprogramme und verlässliche Subventionen, die ökologisch nachhaltige Landwirtschaft fördern.
- Förderung von Bildung und Innovation: Durch Weiterbildungsmöglichkeiten und den Zugang zu modernen Technologien können Landwirte effizienter arbeiten und sich auf künftige Herausforderungen einstellen.
- Sicherung der landwirtschaftlichen Flächen: Der Erhalt von landwirtschaftlichen Nutzflächen muss oberste Priorität haben, beispielsweise durch Maßnahmen gegen Flächenfraß und Spekulationen.
- Dialog und Mitgestaltung: Landwirte sollten aktiv in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden, um ihre Expertise und Bedürfnisse in Planungen einzubringen.

2. Faire Preise für landwirtschaftliche Produkte sind zentral für die Existenzsicherung der Landwirte. Folgende Ansätze helfen, diese sicherzustellen:

- Stärkung der Erzeugerorganisationen: Zusammenschlüsse von Landwirten erhöhen ihre Verhandlungsmacht gegenüber großen Handelsketten und Verarbeitern.
- Mehr Transparenz in der Wertschöpfungskette: Klare Kennzeichnung von Herkunft, Produktionsmethoden und fairen Preisen fördert eine bewusste Kaufentscheidung bei Verbrauchern.
- Direktvermarktung fördern: Regionalmärkte und digitale Plattformen,

auf denen Landwirte direkt an Konsumenten verkaufen können, stärken ihre Position und senken Abhängigkeiten.

- EU-weiter Schutz für faire Handelspraktiken: Durch Regelungen wie das Verbot von unlauteren Handelspraktiken (UTP) wird verhindert, dass Landwirte durch Großabnehmer unter Druck gesetzt werden.
- Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe: Das stärkt die Nachfrage nach heimischen Produkten und sorgt für fairere Preise.

3. Globale Wettbewerbsfähigkeit und hohe Standards können durch kluge Strategien vereint werden:

- Exportförderung: Deutsche Qualitätsprodukte wie Bio-Lebensmittel oder regionale Spezialitäten können auf internationalen Märkten besser positioniert werden. Zielgerichtete Handelsabkommen und Messerförderungen unterstützen dies.
- Förderung nachhaltiger Innovationen: Der Einsatz von umweltfreundlicher Technik, Digitalisierung und ressourcenschonenden Verfahren steigert Effizienz und Attraktivität der Produkte.
- Internationale Kooperation: Die Zusammenarbeit mit anderen Ländern zur Angleichung von Umwelt- und Produktionsstandards sorgt für faire Wettbewerbsbedingungen.
- Faire Handelsabkommen: Handelsverträge sollten so gestaltet sein, dass sie hohe Umwelt- und Sozialstandards fördern und Dumping verhindern.
- Anpassung der Agrarförderung: Die Subventionen müssen gezielt an Nachhaltigkeitskriterien geknüpft sein, sodass diese Standards einen Marktvorteil schaffen.

FDP



Heike Hannker, Direktkandidatin im Wahlkreis 33 Diepholz-Nienburg I

1. Planungssicherheit ließe sich auf zweierlei Wege erreichen: Zum einen durch ein Auflagenmoratorium, und zwar von der EU abwärts, für mindestens zehn Jahre. Zum zweiten müsste staatlich garantiert werden können, dass z. B. Ställe für den Zeitraum der Abschreibung unverändert betrieben werden dürfen. Heißt, wenn ich einen Stall baue, dann muss ich mich darauf verlassen können diesen 20 Jahre ohne staatlich verpflichtende An-/Umbauten betreiben zu können.

Im Bereich Pflanzenbau müssen wir die Zulassung von neuen Wirkstoffen, beziehungsweise die Zulassungslängerung bestehender Wirkstoffe erheblich (!) vereinfachen. Viele Chemiekonzerne lassen ihre neuen, innovativen Produkte in Europa gar nicht mehr auf den Markt, weil die Zulassung zu kompliziert und unzuverlässig ist.

2. Problem bei der Durchsetzung von Preisen für deutsche Erzeuger sind zweierlei: zu große Einzelhandels und Verarbeitungskonzerne, sowie Import von billigen, unter schlechteren Bedingungen produzierten Rohstoffen. Was wir verhindern/ändern müssen ist die weitere Akkumulation von Marktanteilen durch Großproduzenten und Abnehmer durch Übernahmen. Zum zweiten Punkt sollte es ein Gesetz geben, dass hierzulande in den Bereichen in denen wir eine relevante eigene Produktion haben nur landwirtschaftliche Produkte auf den Markt kommen, die unseren Standards entsprechen. Aktuell verbieten wir zum Beispiel unseren Kirschbauern bestimmte Insektizide zu

verwenden und importieren die Kirschen dann aus der Türkei, wo genau diese Insektizide en masse eingesetzt werden. Das passt nicht zusammen.

3. Die einzige Möglichkeit das zu erreichen ist Innovation, Produktivität und Effizienz zu fördern. Dazu braucht es die gesetzlichen Freiräume in denen sich diese entfalten können. Die Zulassungen von Test- und neuen Produktionsverfahren muss einfacher werden. Die meisten Erfindungen und Ideen scheitern an zu träger Bürokratie und un kreativen Beamten. In vielen Bereichen sind wir bereits wettbewerbsfähig, es fehlt hier nur an den nötigen bürokratischen Voraussetzungen. Wir könnten z. B. wesentlich mehr Schweinefleisch exportieren, zumindest von den hier weniger geschätzten Teilen, wenn wir endlich die Regionalisierung der Schweinepest-Bezirke hinbekommen würden, wie das z. B. Frankreich und Spanien schon gut klappt.

AfD



Andreas Iloff, Direktkandidat im Wahlkreis 33 Diepholz-Nienburg I

1. Die aktuelle Politik bringt den Landwirten kein Vertrauen entgegen. Ein klares Bekenntnis zum Wissen und dem Erfahrungsschatz der Bauern wäre hier schnellstmöglich von Nöten. Bestens ausgebildete Landwirte und eine hoch entwickelte Landwirtschaft brauchen keine Gängelung von Seiten der Politik. Dazu einige Beispiele:

Wenn der Landwirt seinen Betrieb an den Sohn oder die Tochter übergeben möchte und hat in diesen Betrieb viel Geld investiert, dann muss er sich darauf verlassen können, dass nicht in ein oder zwei Jahren wieder kostenintensive Neuerungen aus Berlin oder Brüssel das Unternehmen vor neue finanzielle Hürden stellt.

Thema Agrardiesel: die amtierende niedersächsische Landesregierung hat versichert, sich für den Erhalt des Agrardiesels einzusetzen. Zumindest hier in Niedersachsen. Im Bundesrat hat sie dies am Ende aber nicht getan.

Und zu guter Letzt ein ganz besonders perfides Beispiel landwirtschaftlichen Kontrollzwangs – die FANi App: den Landwirt auf den Acker zu schicken um Bilder von seinen Rüben oder Kartoffeln zu machen und diese hochzuladen um zu beweisen, dass auch ja alles den Vorschriften entspricht ist ja wohl nicht nur Gängelung sondern spricht dem Bauern jegliche Ehrlichkeit und Fachwissen ab.

2. Waren aus anderen Ländern in fragwürdiger Qualität, die zu deutlich geringeren Preisen und unter geringeren Standards erzeugt werden, dürfen nicht unkontrolliert auf unseren Markt drängen. Hier ist auch der Lebensmitteleinzelhandel stärker in den Fokus zu nehmen. Deshalb lehnen wir als Alternative für Deutschland beispielsweise auch das Mercosur-Abkommen ab. Regulierende Zölle wären hier eine Maßnahme, die unsere heimische Landwirtschaft vor Billigimporten schützt. Dies wäre auch für das ukrainische Getreide wünschenswert, dass ja momentan zollfrei hier nach Deutschland importiert werden darf. Die Entsprechenden Abkommen dazu müssen schnellstmöglich überarbeitet werden.

Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse dürfen nicht unter den Entstehungskosten vermarktet werden. Es kann nicht sein, dass die Landwirte z. Bsp. beim Schweinefleisch draufzahlen wenn sie ihre Produkte anbieten. Die Märkte für Fleisch und Getreideprodukte unterlie-

gen bereits vielen Faktoren wie Wetter, Seuchen oder anderen schwer zu beeinflussenden Dingen – da braucht es nicht auch noch die Konkurrenz aus aller Welt und die Gängelung aus Berlin.

3. Unsere Landwirte müssen nicht „global wettbewerbsfähig“ sein! Wie sollen sie gegen ukrainischen Weizen oder argentinisches Rindfleisch oder andere billige Importe bestehen? Wichtig ist, dass sie vor allem im hiesigen Absatz Preise erzielen können, von denen sie auch leben können. Unsere Landwirte halten hohe Standards und diese dürfen auf keinen Fall abgesenkt werden. Schließlich geht es um die Qualität unseres Essens!

Natürlich wird das Essen dann an einigen Stellen teurer werden. Aber die Alternative für Deutschland tritt auch dafür an, den Bürgern mehr Netto vom Brutto zu lassen, Energiekosten zu senken, CO₂-Steuer abzuschießen und die Staatsausgaben massiv zu senken. Dann, wenn nicht mehr Geld für unsinnige ideologiesteuerte Projekte in die ganze Welt fließt, wird es auch möglich sein, unsere heimische Landwirtschaft zu unterstützen.

Die Linke



Michael Barth, Direktkandidat im Wahlkreis 33 Diepholz-Nienburg I

1. Wir wollen Grund und Boden gerechter verteilen und Landwirte sozial absichern, mit flächendeckenden Tarifverträgen, Mindestlohn und Sozialversicherung. Große Konzerne sollen nicht weiter im Mittelpunkt der Agrarpolitik stehen. Es braucht regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen, gerechte Lieferbeziehungen sowie ein starkes und wirksames Kartellrecht. Wo es nötig ist, wollen wir mit Mindesterzeugerpreisen Landwirte schützen. Die Beantragung von Fördermitteln sollen EU-weit vereinfacht und digitalisiert werden, damit Landwirte weniger Zeit am Schreibtisch verbringen. Wir wollen Grundnahrungsmittel komplett von der Mehrwertsteuer befreien.

2. Der Lebensmittelmarkt braucht gerechte Lieferbeziehungen sowie ein starkes und wirksames Kartellrecht. Das Bundeskartellamt beobachtet die Einkaufsmacht von Lebensmittelkonzernen sowie die Marktmacht von großen Supermarktketten schon seit langem mit zunehmender Sorge. Wir fordern ein entschlossenes Durchgreifen, um die Macht von Konzernen zu brechen, zugunsten von Landwirten und Verbrauchern gleichermaßen. Keine Region darf von einzelnen Supermarktketten dominiert werden. Wo es nötig ist, wollen wir mit Mindesterzeugerpreisen Landwirte schützen.

3. Die hohen Produktionsstandards der deutschen Agrarwirtschaft müssen vor billigen Importen aus Drittländern, die unseren Standards nicht entsprechen, geschützt werden. Freihandelsabkommen zeigen in die falsche Richtung. Es braucht eine eindeutige Herkunftskennzeichnung, Kontrollen, Regularien und nationale Sonderregelungen gehören auf den Prüfstand. Genehmigungs- und Planungsverfahren müssen beschleunigt werden. Sinnvolle Regeln müssen EU-weit umgesetzt werden.

FREIE WÄHLER



Foto: Tessa Pfeil

Karen Heineking, Direktkandidatin im Wahlkreis 33 Diepholz-Nienburg I

1. Der Erhalt einer heimischen Landwirtschaft ist die einzige Möglichkeit, um auch in Krisen die Lebensmittelsicherheit für die deutsche Bevölkerung sicher zu stellen. Die Akteure in Regierungsverantwortung müssen bestehende Regeln abbauen und auf den europäischen Durchschnitt zurückzuführen. Neue Gesetzesnormen müssen einer strengen ökonomischen Folgenabschätzung für die betroffenen Betriebe unterzogen werden und tunlichst unterbleiben. Nur wenn die deutsche Landwirtschaft und hier besonders die Nutztierhaltung gleiche Wettbewerbschancen erhält, kann verlorenes Vertrauen zurückgewonnen werden.

2. In der sozialen Marktwirtschaft gibt es keine „fairen Preise“. Wie die gesamte deutsche Wirtschaft unterliegen auch die Landwirte dem Wettbewerb. Jeder Betrieb hat unterschiedliche Produktionskosten. Die Aufgabe besteht darin den Wettbewerb fair zu gestalten. Dazu gehört, dass deutsche Standards nicht durch ausländische Waren, wie z. B. ukrainisches Getreide oder argentinisches Rindfleisch unterlaufen werden. Aber auch gegenüber dem Lebensmitteleinzelhandel müsse unfaire Handelspraktiken unterbunden werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass es einen fairen Wettbewerb gibt, den Preis bestimmt dann der Markt.

3. Globale Wettbewerbsfähigkeit ist ohne Zölle an den EU-Außengrenzen nicht zu erreichen. Die ökologischen und sozialen Standards sind einfach zu unterschiedlich. Um nur in der Europäischen Union wettbewerbsfähig zu werden, ist es aus unserer Sicht unabdingbar, dass überzogene deutsche Standards auf europäisches Niveau zurückgeführt werden. Viele Standards wie z. B. die deutsche Düngerverordnung, Teile der Baugesetzgebung, und das landwirtschaftliche Immissionsrecht sind weder für die Produktion noch für die Umwelt in fachlichem Sinne zielführend, sondern oftmals ideologisch begründet. Sie gehören gestrichen.

Wahlkreis 40 Nienburg II – Schaumburg

CDU



Matthias Wehrung, Direktkandidat im Wahlkreis 40 Nienburg II – Schaumburg

1. Planungssicherheit ist elementar dafür, dass landwirtschaftliche Betriebe investieren (können). Konkret heißt das, dass die Konditionen, unter denen eine Investition getätigt wird, über den kompletten Abschreibungszeitraum Bestandsschutz haben müssen und nicht von veränderten Vorgaben betroffen sein dürfen. Die stete Flut neuer Auflagen ist zu stoppen und bestehenden Vorschriften sind auf Ihre Verhältnismäßigkeit hin zu überprüfen.

2. Kartellrechtlich muss regelmäßig überprüft und gegebenenfalls eingeschritten werden, dass einzelne Marktteilnehmer keine marktbeherrschende Stellung erlangen und es zu keinen wettbewerbswidrigen Preisabsprachen kommt. Ruinösem Preiswettbewerb ist mit Mindestpreisen zu begegnen, die nicht unter den Erzeugerkosten liegen dürfen. Und Agrarsubventionen sind so einzusetzen, dass sie Landwirten faire Preise für ihre Produkte ermöglichen.

3. Tierwohl- und Umweltstandards, die bei uns gelten, sind in entsprechenden Freihandelsabkommen auch für Marktteilnehmer anderer Länder vorzuschreiben. Und die aus unseren hohen Produktionsstandards resultierenden höheren Erzeugerkosten heimischer Betriebe müssen durch entsprechende Agrarsubventionen abgefangen werden.

SPD



Marja-Liisa Völlers, Direktkandidatin im Wahlkreis 40 Nienburg II – Schaumburg

1. Die SPD und ich sind der Meinung, dass wir Rahmenbedingungen schaffen müssen, die es für junge Menschen attraktiv macht, den Beruf des Landwirts zu ergreifen. Dazu gehören verlässliche politische Vorgaben, die nicht

ständig geändert werden. Gleichzeitig müssen wir bürokratiearme Förderprogramme für Investitionen in moderne, nachhaltige Technik und stabile Energiepreise schaffen und ausbauen. Wichtig ist, dass die Landwirte auch in Zukunft wirtschaftlich arbeiten können und das mittelständische Rückgrat der ländlichen Wirtschaft bleiben. Außerdem müssen wir die Aus- und Weiterbildung stärken, um die Betriebe fit für die Herausforderungen von morgen zu machen.

Gerade in unserem ländlichen Raum ist die Landwirtschaft nicht nur ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, sondern auch ein Teil unserer Kultur. Ich bin daher der Meinung, dass wir in der Politik die richtigen Rahmenbedingungen schaffen müssen, um ihre Stabilität zu gewährleisten.

2. Faire Preise für landwirtschaftliche Produkte und damit eine faire Bezahlung sind nicht nur aus Respekt vor der Leistung der Landwirtinnen und Landwirte notwendig. Sondern auch, damit ihre wichtige Rolle für die Grundversorgung in Deutschland angemessen gewürdigt wird. Einer unserer zentralen Ansätze als SPD ist es, die Marktmacht der wenigen großen Lebensmitteleinzelhändler kritisch zu beobachten. Dies erreichen wir durch mehr Transparenz bei der Preisbildung von der Erzeugung bis zum Verkauf. Gleichzeitig muss geprüft werden, ob es zu Wettbewerbsverstößen zu Lasten der regionalen Landwirtschaft kommt. Unabhängig von wettbewerbsrechtlichen Fragen müssen wir die Regionalvermarktung insgesamt stärken und die Verbraucherinnen und Verbraucher langfristig für den Wert hochwertiger Lebensmittel sensibilisieren.

3. Wir als SPD wollen die globale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirte stärken, indem wir Innovation und Digitalisierung in der Landwirtschaft fördern und hohe Standards als Wettbewerbsvorteil nutzen. Precision Farming kann ein entscheidender Ansatz sein, um effizienter und umweltschonender zu produzieren. Deshalb müssen Forschung und Entwicklung in diesem Bereich gezielt gefördert werden. In diesem Zusammenhang stehe ich auch der CRISPR/Cas-Methode offen gegenüber.

Gleichzeitig müssen wir uns auf EU-Ebene für faire Wettbewerbsbedingungen einsetzen. Mit Instrumenten wie dem CO₂-Grenzausgleich können wir dafür sorgen, dass Produkte aus Ländern mit niedrigeren Umweltstandards keine unfairen Vorteile auf unseren Märkten haben. Gleichzeitig stärken wir die heimische Wertschöpfung, indem wir den Export hochwertiger Produkte „Made in Germany“ fördern. Dazu gehören auch nachhaltige Agrarprodukte, die die Position deutscher Landwirte auf dem Weltmarkt stärken - ohne Kompromisse bei Umwelt- oder Sozialstandards.

Bündnis 90 / Die Grünen



Sven Frings-Michalek, Direktkandidat im Wahlkreis 40 Nienburg II – Schaumburg

1. Aus meiner Sicht muss es gelingen, über die jeweils siebenjährigen Förderperioden hinaus einen möglichst breit akzeptierten, langfristigen Entwicklungspfad der gemeinsamen Agrarpolitik der EU zu definieren. Dabei gilt es vor allem, die über die Produktion von Nahrungsmitteln hinausgehenden gesellschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft für den Natur-, Umwelt- und Tierschutz und für den ländlichen Raum herauszustellen und gezielt zu entlohnen. Der aktuelle Schwerpunkt der Förderung auf der bewirtschafteten Nutzfläche kommt immer weniger den aktiv wirtschaftenden Landwirtinnen und Landwirten zugute. Denn mit dem Strukturwandel wächst der Anteil der Pachtflächen in den Betrieben und dabei wird ein immer größerer Anteil der Förderung über den Pachtpreis von den Landbesitzern zu den Landbesitzern durchgereicht. Diese Umstellung braucht Zeit und dafür muss ein über die einzelne Förderperiode hinausgehender verlässlicher Pfad definiert werden.

2. Aktuell ist die Landwirtschaft angesichts eines sich immer stärker zentralisierenden Handel, aber auch der wachsenden Marktmacht weniger großer Molkereien und Schlachtbetriebe in einer schlechten Wettbewerbsposition. Deshalb ist es erforderlich, das Gebot des Kaufs zu mindestens kostendeckenden Preisen entlang der gesamten Lebensmittelkette festzuschreiben. Zudem muss, aus meiner Sicht dringend der Umstand, dass aktuell vier Lebensmittelketten 85 Prozent des Marktes beherrschen, kartellrechtlich überprüft werden.

3. Politisch globale Wettbewerbsfähigkeit zu garantieren, wäre vollkommen unseriös. Der Weltmarkt für Agrarprodukte ist schwankend und unberechenbar und wird es wohl bleiben – oftmals sind Weltmarktpreise für unsere heimischen Betriebe nicht kostendeckend. Deshalb ist es essenziell, unsere landwirtschaftliche Produktion am heimischen und hiermit meine ich auch den europäischen Markt, auszurichten. Aktuell haben wir in einigen Bereichen Überproduktionen über den europäischen Bedarf hinaus und das bringt die Preise unter Druck. Das unter 2. dargestellte Gebot des Kaufs zu kostendeckenden Preisen würde auch helfen, Überproduktion zu verhindern, da die Abnehmerseite natürlich nur die Mengen einkaufen würde, die sie auch entsprechend absetzen kann.

NV-Versicherungen
Alles bestens.

Wir bieten umfassenden Schutz für Hof und Betrieb

Damit Sie nicht im Regen stehen!

www.landvolkservice.de

Ihr Partner in der genossenschaftlichen Viehvermarktung

27330 Asendorf
Heidkämpe 2
Tel. 04253 9325-0
Fax 04253 9325-35

27259 Varrel
Mühlenstraße 6
Tel. 04274 9311-0
Fax 04274 9311-33

29664 Walsrode
Große Schneede 1
Tel. 05161 98303-0
Fax 05161 98303-10

www.vvg-awh.de

VIEHVERMARKTUNGSGEMEINSCHAFT
ALLER-WESEER-KANTE eG

service@vvg-awh.de

FDP



Dr. Fabian Horn, Direktkandidat im Wahlkreis 40 Nienburg II – Schaumburg

1. Um Planungssicherheit zu schaffen, müssen wir den Bürokratieaufwand reduzieren und klare, langfristige Rahmenbedingungen für unsere Landwirtschaft schaffen. Flächenstilllegungen, die Stromstoffbilanz im Düngegesetz, die Taxonomie nach dem Green Deal und weitere Vorgaben sollen gestrichen werden. Außerdem brauchen wir stabile und einfache Förderprogramme, wie ein zielgerichtetes Investitionsförderprogramm für neue Technologien, damit Betriebe gezielt und verlässlich modernisiert werden können sowie eine Junglandwirteförderung, damit die nächste Generation ihre guten Ideen in die Praxis umsetzen kann. Unsere Landwirte sollen endlich wieder ihrer Berufung nachgehen können: Die wachsende Weltbevölkerung mit hochwertigen Lebensmitteln versorgen.

2. Die Stärkung der Marktposition von Landwirten und die weitere Integration der Landwirte in die Wertschöpfungskette sind entscheidend. Zum Beispiel wollen wir Kooperativen und regionale Vermarktungsinitiativen unterstützen, damit Landwirte direkt an die Verbraucher verkaufen und so höhere Preise erzielen können. Zudem muss unlauterer Wettbewerb bekämpft werden und wir stellen uns gegen eine weitere Marktkonzentration im Lebensmittel-einzelhandel.

3. Innovationen sind der Schlüssel zur Wettbewerbsfähigkeit. Ein Beispiel: Mit der Genschere können Pflanzen gezüchtet werden, die widerstandsfähiger gegen Trockenheit sind und weniger Pflanzenschutzmittel benötigen. Dadurch bleiben wir produktiv und schützen gleichzeitig unsere Umwelt. Automatisierung, Bürokratieabbau und die Digitalisierung sind weitere Bausteine, die dafür sorgen, dass Landwirte weniger unbezahlte Zeit im Büro verbringen und dafür mehr Zeit für produktive Tätigkeiten haben. Notwendig ist auch eine Bezahlung dafür, dass Landwirte öffentliche Güter bereitstellen. Durch eine Winterbegrünung wird z. B. CO₂ gebunden und die Erosion verhindert.

AFD



Rocco Kever, Direktkandidat im Wahlkreis 40 Nienburg II – Schaumburg

1. Planungssicherheit, Verlässlichkeit und Vertrauen kann Politik den Landwirten geben, indem sie genau diese drei Prinzipien vorlebt.

Beispiele: Wenn heute ein Stall zu den heutigen Tierhaltungs-Standards gebaut wird, muss er über die gesamte Finanzierungsdauer (i. d. R. 20 bis 30 Jahre) Bestandsschutz haben! Nicht dass der Betreiber nach wenigen Jahren schon wieder kostenintensiv umbauen muss.

Stichwort Agrardiesel: Entgegen der Beteuerungen der amtierenden niedersächsischen Landesregierung, sich für einen Erhalt des Agrardiesels einzusetzen, hat sie dies final im Bundesrat eben NICHT getan!

Noch ein Beispiel: Die FaNi App: Landwirte bekommen aufgrund eines Satellitenbildes ihrer Äcker eine Aufforderung,

dort hinzufahren, ein Foto aufzunehmen und es in der App hochzuladen: Als Beweis, dass auf dem Acker alles den Vorschriften entspricht. Eine Gängelung des Bauern! Wo bleiben das Vertrauen in die Redlichkeit und Fachlichkeit des Landwirtes? Warum gilt hier nicht die Unschuldsvermutung?

Es bedarf ferner des klaren Bekenntnisses der Politik zu unserer heimischen Landwirtschaft! Wir haben eine der am höchsten entwickelten Landwirtschaften der Welt, die am besten ausgebildeten Landwirte und befinden uns in einem Gunstraum der Natur. Das kommt durch die aktuell verantwortliche Politik viel zu wenig zum Ausdruck!

1. Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse dürfen nicht unter den Gesteuerungskosten vermarktet werden!
2. Marktmacht des Lebensmitteleinzelhandels mit kartellrechtlichen Mitteln schärfer in den Fokus nehmen
3. Billige Importe fragwürdiger Qualität aus anderen Ländern, die zu deutlich geringeren Standards bzw. zu deutlich geringeren Kosten produziert worden sind, dürfen nicht ungehindert auf unseren Markt drängen, denn dieser Konkurrenz können unsere Landwirte, die zu den hiesigen Standards und zu dem hiesigen Preisniveau produzieren (müssen), gar nicht standhalten! Es bedarf fairer Wettbewerbsbedingungen. Das Mercosur-Abkommen lehnen wir daher entschieden ab! Es wird für diese besagten Importe nicht ohne regulierende Zölle gehen.

Das zuletzt stets in Jahresschritten verlängerte Abkommen, dass ukrainisches Getreide zollfrei zu uns gelangen kann, darf nicht verlängert werden!

3. In der Tat sind wir gegen eine Absenkung unserer heimischen hohen Standards, sondern wie oben beschrieben für einen Schutz unserer eigenen Landwirtschaft, die diese hohen Standards erfüllt. Denn letzten Endes geht es auch um die Qualität unseres Essens. Unsere Landwirte müssen doch gar nicht „global wettbewerbsfähig“ sein. Sie müssen jedenfalls nicht den Gesteuerungspreis ukrainischen Weizens unterbieten können und auch nicht den Gesteuerungspreis argentinischen Rindfleisches. Entscheidend ist, dass sie vor allem im hiesigen Absatz Preise erzielen können, von denen sie gut existieren können!

Sollte unser Essen infolge dessen etwas teurer werden, haben wir auch dafür Kompensation: AfD-Politik zielt darauf ab, den Bürgern grundsätzlich mehr netto vom brutto zu lassen, die Energiekosten deutlich zu senken, die CO₂-Bepreisung wegfällen zu lassen - um nur einige Beispiele zu nennen.

Denn wir werden massiv Staatsausgaben sparen: Wir sehen bei den aktuellen Ausgaben aus den Steuereinnahmen des Bundes ein Gesamteinsparpotential von 135 Milliarden Euro! Von diesem Budget einen kleinen Teil aufzuwenden, um falls dann noch nötig unsere heimische Landwirtschaft zu unterstützen, wäre bei Bedarf außerdem möglich.

Die Linke



Anne-Mieke Bremer, Direktkandidatin im Wahlkreis 40 Nienburg II – Schaumburg

1. Ich und meine Partei fordern die Konzentration von Boden in den Händen einiger weniger Agrarkonzerne, die vor Allem nach erhöhten Profiten streben, zu beenden und stattdessen Grund und Boden kleiner und mittlerer Bauern zu schützen. Regionale Kreisläufe für der Ernährungswirtschaft schaffen für die Landwirte eine verlässliche Möglichkeit ihre Produkte zu fairen Preisen abzutreten, hierbei blicken wir auch besonders auf die Versorgung öffentlicher Einrich-

tungen wie Schulen, Kitas und Behörden durch regionale Versorger und Hersteller. Wir wollen ein starkes und handlungsfähiges Kartellrecht schaffen, um Monopole von großen Konzernen in der Lebensmittelverarbeitung und dem Handel zu zerschlagen.

Wir wollen Mindestezeugerpreise, wo sie nötig sind und Preiswächter, die durchgreifen können - der Handel darf nicht länger den Löwenteil am Gewinn bei den Lebensmittelpreisen einstreichen, während die Bauern auf dem Trockenen sitzen bleiben..

2. Faire Preise für die Landwirte müssen leistbar für die Mehrheit der Bevölkerung sein. Daher fordern wir die Streichung der Mehrwertsteuern auf Lebensmittel, sodass Menschen sich faire Lebensmittel aus ihrer Region auch leisten können. Wie bereits genannt wollen wir genauer hinschauen bei den Gewinnen der großen Lebensmittelkonzerne und durchgreifen, wenn Sie sich unbegründet hohe Gewinne einstreichen.

Gleichzeitig fordern wir, dass auf den Märkten faire Wettbewerbsbedingungen herrschen - Handelsabkommen dürfen sich nicht am schlechtesten Standard orientieren, sondern am qualitativ höchsten Standard.

3. Die Standards in der deutschen Landwirtschaft sind hoch: Das ist eine Erungenschaft und ein Qualitätssiegel. Nichtsdestotrotz gibt es in der Landwirtschaft viele Redundanzen bei Dokumentationspflichten und Bürokratie - um diese zu vermeiden müssen die Antrags- und Berichtsprozesse regelmäßig überprüft werden und Redundanzen abgeschafft werden. Darüber hinaus muss die Beantragung von Fördergeldern vereinfacht und digitalisiert werden.

FREIE WÄHLER

1. Viele Regelungen und Gesetze werden von der EU beschlossen und wurden im letzten Jahrzehnt in Deutschland umgesetzt, oft mit Ver-



Rolf Sieling, Direktkandidat im Wahlkreis 40 Nienburg II – Schaumburg

schärfungen. Diese Vorgaben gehören auf den Prüfstand, ein Controlling-Verfahren um Nutzen und Aktualität zu hinterfragen. Als größter Nettozahler der EU hat Deutschland einen Hebel, der leider bisher nicht genutzt wurde. Familienbetriebe haben die effektivste Produktion und stellen die Lebensmittelversorgung langfristig sicher. Ich kämpfe gegen eine Vergesellschaftung der Betriebe, wie sie von unserer niedersächsischen Landwirtschaftsministerin empfohlen wurde.

Die FREIEN WÄHLER möchten die Erbschaftssteuer abschaffen, zumal aktuell nach Grundsteuerwert bemessen wird. Das Eigentum, das bereits versteuert wurde und immer durch Verzicht erlangt wurde, ist konsequent zu schützen.

2. Wir haben in Deutschland alle Behörden, die den Landwirten eigentlich helfen müssten. Es gibt ein Kartellamt und eine Steuerfahndung, die uns vor unlauterem Wettbewerb schützen sollten. Leider wird zu wenig auf Fachleute gehört, aktuelles Beispiel ist Frau Brorhilker im CumEx-Skandal. Ich werde mich immer einsetzen diese Betrugsfälle aufzuklären. Auch im Außenhandel mit der Ukraine sind unlautere Praktiken anzusprechen. Die Politik muss die Rahmenbedingungen setzen, basierend auf Fachwissen und Fachleuten. Angesichts der Milliarden, die veruntreut und ergaunert werden, geht die Dimension weit über die Landwirtschaft hinaus. Das Geld fehlt effektiv an Kaufkraft im Inland.

Die FREIEN WÄHLER möchten alle Löhne und Renten bis zur Höhe von 2.000 Euro von der Einkommenssteuer befreien. Die niedrigen Lohngruppen sollen Kaufkraft erhalten..

3. Zuerst einmal möchte ich von EU Landwirten sprechen, bevor die globale Betrachtung erfolgt. Die deutschen Landwirte würden sehr von einer Angleichung der Rahmenbedingungen innerhalb der EU profitieren. Die Lebensstandards der Menschen sind noch sehr verschieden, in Bezug auf Einkommen bzw. Lohnkosten. Ich habe es nie verstanden, warum Firmen bereitwillig in autokratischen Staaten investieren, nur um die letzten zehn Prozent Gewinn zu erreichen. Länder in Südosteuropa bieten dieselben Rahmenbedingungen wie z. B. China. Ein Beleg für dieses Management ist die Entwicklung des DAX, der sich völlig von der Prosperität der Firmen im Inland abgekoppelt hat. Das führt unweigerlich zu einer schwierigen Situation für Unternehmen, die ausschließlich im Hochlohnland Deutschland produzieren. Ich bin sehr von einer Herkunftskennzeichnung landwirtschaftlicher Produkte überzeugt. Das Lieferkettengesetz halte ich für notwendig. Wenn die Lebensmittelindustrie über viel Bürokratie klagt, gibt es einen sehr einfachen Weg diese zu vermeiden, - in der EU kaufen. Kurze Wege und einfache Logistik sind dem Klima zuträglich. Digitalisierung, richtig eingesetzt, kann Ressourcen schonen. Es darf aber nicht sein, dass ein usbekischer Lkw-Fahrer für eine polnische Spedition wie ein Sklave arbeitet und damit der Gewinn der Lebensmittelindustrie gesichert wird.

Die FREIEN WÄHLER lehnen das Mercosur Abkommen strikt ab. Russland, China und gerade die USA drängen auf Verlagerung der Industriebetriebe in deren Länder. Auch bei Mercosur werden bei Zollfreiheit die Arbeitsplätze verlagert werden. Das Opfer der europäischen Landwirtschaft ist völlig umsonst.



Niedersächsische Landgesellschaft mbH

Unsere Bodenständigkeit hat einen guten Grund: Wir denken Zukunft flächendeckend.

Die Niedersächsische Landgesellschaft als kompetenter Partner
Die NLG ist die Entwicklungsgesellschaft für Niedersachsen mit Schwerpunkt im ländlichen Raum. Wir sichern Fläche für die Landwirtschaft und realisieren hochmoderne Betriebsgebäude. Unser Anspruch: Das Land entwickeln und dabei möglichst viele Interessen und Ansprüche berücksichtigen. Das verstehen wir unter:
Gemeinsam Lebensräume gestalten.

www.nlg.de